

REPORT

Nr. 112, April 2026

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

DIE WÄHLERSCHAFT DES BSW BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2025

Befunde aus der WSI-Nachwahlbefragung

Helge Emmeler, Daniel Seikel

Mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat eine neue Partei die politische Landschaft betreten, die bereits kurz nach der Gründung beachtliche Erfolge einfuhr. Bei der Bundestagswahl 2025 scheiterte das BSW allerdings knapp. Der WSI-Report analysiert die Wählerschaft des BSW und geht der Frage nach, inwiefern das BSW die AfD Stimmen gekostet hat. Die Untersuchung zeigt, dass das BSW im Vergleich zu anderen Parteien überdurchschnittlich häufig von Frauen und in Ostdeutschland gewählt wurde. BSW-Wähler*innen verfügen im Vergleich über geringere Einkommen und arbeiten oft als Bürokräfte oder Dienstleistungsarbeiter*innen. Sie sorgen sich um die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Eskalation von kriegerischen Auseinandersetzungen und haben ein geringes Institutionenvertrauen.

Die meisten BSW-Wähler*innen kombinieren linke wirtschafts- und sozialpolitische Präferenzen mit konservativen oder liberalen gesellschaftspolitischen Einstellungen. Die Linke verlor anteilig mehr Wähler*innen an das BSW als andere Parteien, die zahlenmäßig größte Gruppe in der BSW-Wählerschaft stellen jedoch ehemalige SPD-Wähler*innen. Zwar hat das BSW die AfD mehr Wählerstimmen gekostet als die meisten anderen Parteien, insgesamt verloren aber linke Parteien mehr Wähler*innen an das BSW als rechte Parteien.



INHALT

1	Einleitung	3
2	Die WSI-Erwerbspersonenbefragung	5
3	Wahlverhalten von Befragten des WSI-Erwerbspersonenpanels	6
4	Ausgewählte soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Merkmale der BSW-Wähler*innen	7
5	Das politische Profil der BSW-Wähler*innen	12
6	Wählerwanderung zum BSW	18
7	Hat das BSW die AfD Stimmen gekostet?	19
8	Fazit	23



AUTOREN



Quelle:
Uli Baatz

Dr. Helge Emmler

Referat: WSI-Datenzentrum
helge-emmler@boeckler.de



Quelle:
picturemakers

PD Dr. habil. Daniel Seikel

Referat: Europäische Politik
daniel-seikel@boeckler.de

1 EINLEITUNG¹

Mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) betrat Anfang 2024 eine neue Partei die politische Landschaft, deren Programm einen bisher einzigartigen Mix aus „linken“ wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen und „rechten“ Forderungen nach einer Begrenzung der Zuwanderung darstellt. Die neue Partei konnte auf Anhieb bemerkenswerte politische Erfolge erzielen. Bereits wenige Monate nach seiner Gründung gelang dem BSW der Einzug in das Europäische Parlament. Zudem zog das BSW als jeweils drittstärkste politische Kraft in drei ostdeutsche Landtage ein (Brandenburg, Sachsen und Thüringen) (Wagner/Wurthmann 2025, S.1f.). In Thüringen und Brandenburg beteiligte sich das BSW als Koalitionspartner sogar an den Landesregierungen. Auch bundesweit erreichte das BSW bei Umfragen zeitweise bei der Sonntagsfrage Werte von über acht Prozent. Die neu gegründete Partei erweckte den Anschein, die politische Landschaft durcheinanderwirbeln zu können.

Allerdings geriet die Entwicklung des BSW schon bald ins Stocken. Im Januar 2026 zerbrach die Potsdamer Koalition zwischen SPD und BSW. In Westdeutschland konnte das BSW nicht an die anfänglichen Erfolge in Ostdeutschland anknüpfen. Bei der im März 2025 durchgeführten Bürgerschaftswahl in Hamburg sowie den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2026 scheiterte das BSW deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Parteigründerin und Namensgeberin Sahra Wagenknecht zog sich schließlich Ende 2025 vom Parteivorsitz zurück. Als neue Vorsitzende wurden die beiden ehemaligen Linken-Politiker*innen Amira Mohamed Ali und Fabio de Masi gewählt. Zum 1. Oktober 2026 benennt sich das BSW in „Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“ um. Die Abkürzung BSW bleibt somit erhalten.

Im Februar 2025 trat das BSW auch erstmals bei einer Bundestagswahl an. Laut amtlichem Endergebnis erhielt das BSW 4,98 Prozent der gültigen Zweitstimmen und scheiterte demnach denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.² Kurz darauf legte das BSW Einspruch gegen die Bundestagswahl ein und beantragte eine bundesweite Neuauszählung der Stimmzettel. Zuvor waren dem BSW nach Neuauszählungen in 50 der insgesamt 95.109 Wahlbezirke 4.277 zusätzliche Stimmen zu-

gesprachen worden.³ Für den Einzug in den Bundestag fehlten dem BSW nunmehr nur noch rund 9.500 Stimmen.⁴ Im Dezember 2025 folgte der Bundestag der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses, dem Einspruch nicht stattzugeben. Das BSW kündigte daraufhin an, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um eine Neuauszählung zu erwirken.⁵ Am 17. Februar 2026 reichte das BSW schließlich eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein.⁶

Auch wenn das BSW den Einzug in den Bundestag knapp verpasste und die Zukunft der Partei nach dem Rückzug von Sahra Wagenknecht ungewisser denn je ist, bleibt sie vorerst zumindest in Ostdeutschland eine relevante politische Kraft (vgl. Wagner/Wurthmann 2025). Bei der Bundestagswahl stimmten in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 9,0 (Sachsen) und 11,2 Prozent (Sachsen-Anhalt) der Wähler*innen für das BSW.⁷ Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem BSW und seiner Wählerschaft ist aus mindestens noch drei weiteren Gründen angezeigt: Erstens könnte das BSW doch noch in den Bundestag einziehen, wenn das Bundesverfassungsgericht der Wahlprüfungsbeschwerde stattgibt und die anschließende Neuauszählung eine Korrektur des Zweitstimmenanteils des BSW auf mehr als fünf Prozent ergibt. In diesem Fall verlöre die aktuelle schwarz-rote Koalition ihre Regierungsmehrheit im Bundestag. Zweitens betritt mit dem BSW eine weitere populistische Partei die politische Landschaft.⁸ Drittens schließt das BSW mit seinem im deutschen Parteiensystem bisher einzigartigen programmatischen Mix aus einerseits wirtschafts- und sozialpolitisch linken Forderungen und andererseits soziokulturell konservativen Positionen, etwa zur Zuwanderung, eine Lücke in der politischen Repräsentation.

³ <https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2025/04/WAHLEINSPRUCH-BSW.pdf> (letzter Zugriff: 17.11.2025). Siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.9.2025: „Der Wahlkrimi ist noch nicht aus“.

⁴ Eigene Berechnung.

⁵ Spiegel online vom 19.12.2025: „Bundestag lehnt BSW-Beschwerde ab – Wagenknecht-Partei will nun in Karlsruhe klagen“, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bsw-bundestag-lehnt-beschwerde-des-buendnis-sahra-wagenknecht-ab-keine-neuauszaehlung-a-2472273a-3750-4cbc-bf97-32d64ec03070> (letzter Zugriff: 19.12.2025).

⁶ Siehe <https://bsw-vg.de/nur-eine-neuauszaehlung-kann-vertrauen-in-die-demokratie-sichern/> (letzter Zugriff: 18.02.2026). Die Wahlprüfungsbeschwerde kann hier abgerufen werden: https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2026/02/Wahlpruefungsbeschwerde_final_geschwaerzt.pdf (letzter Zugriff: 18.02.2026).

⁷ Siehe <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html>, Links zu „Ergebnisse in Ländern und in Wahlkreisen“ (letzter Zugriff: 15.01.2025).

⁸ Für eine Einordnung des BSW als populistische Partei siehe Thomeczek (2024).

¹ Wir bedanken uns bei Daniela Groß, Jutta Höhne und Alexandra Moschüring für die professionelle redaktionelle Bearbeitung des Textes. Bei Andreas Hövermann bedanken wir uns für äußerst hilfreiche inhaltliche Hinweise zur ersten Fassung, die zur Verbesserung des Textes beigetragen haben.

² <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html> (letzter Zugriff: 17.11.2025).

Denn für Wähler*innen mit entsprechenden politischen Präferenzen fehlte bislang ein passendes politisches Angebot (Emmler/Seikel 2024; Herold/Otteni 2026; Jankowski 2025). Ein erheblicher Teil dieser bisher im Parteiensystem nicht repräsentierten, links-konservativ eingestellten Personen wählte in der Vergangenheit die AfD.⁹ Daher verbanden einige Beobachter*innen mit der Gründung des BSW die Erwartung, dass die neue Partei zu einer Schwächung der AfD beitragen würde. Wie wirkte sich nun die Schließung der Angebotslücke im politischen Wettbewerb auf die Wahlentscheidungen der Bürger*innen bei der Bundestagswahl 2025 aus? Welche Personengruppen wählten das BSW und welche weiteren Merkmale weisen sie auf? Verlor die AfD tatsächlich Wähler*innenstimmen an das BSW?

Der vorliegende WSI-Report geht auf Grundlage der Nachwahlbefragung der WSI-Erwerbspersonenbefragung diesen Fragen nach und beleuchtet die Wählerschaft des BSW. Ein wichtiger Hinweis ist, dass wir in diesem Report keine Aussage über die Gesamtheit der wahlberechtigten Wählerschaft oder die Gesamtheit der darin enthaltenen BSW-Wähler*innen treffen können, da die verwendete Stichprobe auf Erwerbspersonen – also Erwerbstätige und Arbeitsuchende – begrenzt ist (siehe Kapitel 2). Unsere Befunde beschränken sich daher auf Wähler*innen des BSW und anderer Parteien unter *Erwerbspersonen* und berücksichtigt somit etwa nicht die großen Gruppen der (nicht-erwerbstätigen) Rentner*innen oder Studierenden.

Welche soziodemografischen, sozioökonomischen und psychosozialen Merkmale prägen die Wählerschaft des BSW? Das BSW wird häufiger von Frauen als von Männern gewählt. Zwar stammt die Mehrzahl der BSW-Wähler*innen aus Westdeutschland, doch sind im Vergleich mit den anderen Parteien Ostdeutsche in der BSW-Wählerschaft stark überproportional vertreten. Ebenfalls überdurchschnittlich häufig wählen Befragte mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss das BSW sowie Befragte, die in Haushalten mit niedrigem oder mittlerem Nettoäquivalenzeinkommen leben. Bürokräfte und im Dienstleistungsbereich tätige Arbeiter*innen sind die am stärksten in der BSW-Wählerschaft vertretenen Berufsgruppen. BSW-Wähler*innen sorgen sich überdies sehr häufig um die wirtschaftliche Entwicklung und die Ausweitung von aktuellen kriegerischen Konflikten, doch im Vergleich zu den Wähler*innen anderer Parteien deutlich seltener um den Klimawandel. Das BSW wird ferner überdurchschnittlich häufig von Personen gewählt, die öffentlich-rechtlichen Medien und der Bundesregierung ein ausgeprägtes Misstrauen entgegenbringen.

Wie unsere Auswertung ebenfalls zeigt, wechselten ehemalige Linken-Wähler*innen besonders häufig zum BSW. Zwar verlor die Linke prozentual die meisten ihrer ehemaligen Wähler*innen von allen Parteien an das BSW, die zahlenmäßig größte Gruppe in der BSW-Wählerschaft stellen jedoch ehemalige Wähler*innen der SPD. Die meisten BSW-Wähler*innen in der Erwerbspersonenbefragung haben linke wirtschafts- und sozialpolitische Präferenzen, kombiniert entweder mit konservativen oder liberalen gesellschaftspolitischen Einstellungen. Bei genauerer Betrachtung der soziokulturellen Einstellungen wird deutlich, dass BSW-Wähler*innen Migration, Europäische Integration und Klimaschutzmaßnahmen kritisch sehen, aber gleichgeschlechtliche Ehen befürworten. Schließlich zeigt unsere Untersuchung, dass das BSW die AfD Wähler*innenstimmen von Erwerbspersonen gekostet hat. Das BSW zog mehr ehemalige Wähler*innen der AfD auf seine Seite als die meisten anderen Parteien. Jedoch hätte man angesichts der zwischenzeitlichen Beliebtheit des BSW bei AfD-Sympathisant*innen mit einem stärkeren Abfluss rechnen können. Letztlich bleibt das Ausmaß des Stimmabflusses hinter den Erwartungen zurück, die anfänglich mit dem BSW verknüpft wurden.

Der Report ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Kapitel informieren wir zunächst über Struktur und Eigenschaften der WSI-Erwerbspersonenbefragung. In Kapitel 3 werten wir das Wahlverhalten der befragten Erwerbspersonen bei der Bundestagswahl 2025 aus, bevor wir in Kapitel 4 soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Merkmale der Wählerschaft des BSW herausarbeiten. Anschließend analysieren wir die politischen Einstellungen der BSW-Wähler*innen mit Hilfe eines zweidimensionalen Modells des politischen Wettbewerbs, das Positionen von Parteien und Wähler*innen entlang von ökonomischen und soziokulturellen Präferenzbündeln ermittelt (Kapitel 5). In Kapitel 6 rekonstruieren wir die Wählerwanderung zum BSW. Danach widmen wir uns der Frage, ob und in welchem Umfang das BSW der AfD Wähler*innen abspenstig machen konnte (Kapitel 7). Abschließend fasst Kapitel 8 die Befunde der vorliegenden Untersuchung kurz zusammen und beschreibt, wie sich die BSW-Wählerschaft von den Wähler*innen anderer Parteien unterscheidet.

⁹ Zu den Wahlentscheidungen links-konservativer Personen aus europäisch-vergleichender Perspektive siehe Lefkofridi et al. (2014) sowie Hillen und Steiner (2020).

2 DIE WSI-ERWERBSPERSONENBEFRAGUNG

Entwicklung

Grundlage der vorliegenden Analysen ist eine im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung von infratest dimap durchgeführte Panelbefragung von deutschsprachigen Erwerbspersonen (also erwerbstätigen und erwerbssuchenden Personen) ab 16 Jahren in Deutschland¹⁰ Diese umfasst mittlerweile fünfzehn Erhebungswellen (zur Darstellung des Panels vgl. Emmeler 2023). Diese Befragungen wurden anhand computergestützter Online-Interviews (CAWI) unter Personen durchgeführt, die über einen Online-Zugang verfügen.¹¹

Die Studie startete zu Beginn der Corona-Pandemie mit einer ersten Erhebung im April 2020 mit 7.677 befragten Erwerbspersonen. Welle 14 – erhoben zwischen dem 13.03.2025 und dem 24.03.2025 – ist die aktuelle Nachwahlbefragung und fokussiert thematisch die kurz zuvor stattgefundenen Bundestagswahl 2025. An der Erhebungswelle nahmen 6.671 Personen teil. Diese 6.671 Befragten entsprechen 58 Prozent aller im Panel je befragten Personen. Die Rücklaufquoten des WSI-Erwerbspersonenpanels sind insgesamt als eher hoch einzustufen. Letztmalig in Welle 12 wurde festgestellt (Brehmer/Emmeler 2025), dass fast jede und jeder Dritte (30 Prozent) der Ausgangsstichprobe regelmäßig an allen Befragungswellen teilgenommen hat. Zudem wurde zuletzt für Welle 9 eine eher geringe Selektivität festgestellt – also geringe Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Vorgaben bezüglich zahlreicher Merkmale der Befragten (Emmeler 2023), sodass die Grundgesamtheit bezüglich dieser Merkmale sehr gut repräsentiert wird. Für die Befragung des Jahres 2024 (Welle 13) wurde jedoch eine „Auffrischungsstichprobe“ gezogen, mit der die Fallzahlen erhöht wurden, aber auch gleichzeitig neue Personen ins Panel kamen, für die keine Werte der vorigen Befragungswellen vorliegen.

Das WSI-Erwerbspersonenpanel ist gut für die hier vorliegenden Analysen geeignet, da sehr aktuelle Daten vorliegen und in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Zeitpunkten dynamisch und kurzfristig Einstellungen erhoben werden konnten. Zudem besteht dank des Panelcharakters der Daten die Möglichkeit, frühere Einstellungen der Befragten mitzuberücksichtigen und somit die Entwicklung von Einstellungen und von Wahlpräferenzen einzufangen. Gleichzeitig sollte auch darauf hingewiesen werden, dass die Daten lediglich Erwerbspersonen – also Erwerbstätige und Arbeitsuchende – erfassen, die Grundgesamtheit sich somit von der

Wahlbevölkerung unterscheidet, auch wenn große Überschneidungen vorliegen.

Sonderfall „Nachwahlbefragungen“

Im Zeitraum des bisherigen Erwerbspersonenpanels fanden zwei Bundestagswahlen statt: 2021 und 2025. Im Nachgang dieser Wahlgänge wurden die Personen des Panels in engem zeitlichem Abstand zur Wahl zu ihren Wahlentscheidungen und Einstellungen befragt. Welle 6 des Panels begann am 30.09.2021 – drei Tage nach der damaligen Bundestagswahl – und Welle 14 am 12.03.2025, also 17 Tage nach der Bundestagswahl. Diese Wellen werden gemeinhin als „Nachwahlbefragungen“ bezeichnet.

Diese Nachwahlbefragungen sind methodisch mit den anderen Erhebungswellen des Panels vergleichbar, heben sich aber inhaltlich dahingehend ab, dass nur ein geringer Teil der sonst regelmäßig erhobenen Fragen erfasst wird, stattdessen aber ein großes Set an Fragen zu Einstellungen und Wahlentscheidungen. Dennoch kann der Panelcharakter der Studie für Auswertungen der Nachwahlbefragungen genutzt werden, da beispielsweise als weitgehend konstant angenommene Angaben aus Vorwellen genutzt werden (z. B. Berufe), und zudem die Entwicklungen zwischen den Nachwahlbefragungen von Interesse sind (z. B. Wählerwanderungen).

Die inhaltliche Überschneidung der beiden Nachwahlbefragungen ist groß. Rund drei von vier Items aus der Nachwahlbefragung 2021 wurden in der Nachwahlbefragung 2025 übernommen, lediglich sehr spezifische Fragen, beispielsweise zur Coronakrise, wurden nicht erneut gestellt. Das Fragenset der 14. Welle ist etwas ausführlicher, hinzu kamen Fragen zur Einordnung von ökonomischen und soziokulturellen Präferenzen, zur Schuldenbremse und zu notwendigen Investitionen sowie zur Außenpolitik.

Auch personell gibt es große Überschneidungen zwischen den Wellen: 3.489 der 5.454 Teilnehmer aus Welle 6 (rund 64 Prozent) konnten in Welle 14 erneut befragt werden. Da in Welle 14 sowie auch in Welle 6 nicht befragte Personen kontaktiert wurden, besteht die Nachwahlbefragung 2025 zu etwas mehr als der Hälfte aus bereits in Welle 6 befragten Personen (insgesamt N = 6.671).

¹⁰ Die Begriffe Panel und Befragung werden im Folgenden synonym verwendet.

¹¹ Dies trifft auf etwa 85 bis 90 Prozent der Zielgruppe zu (Sartorius/Scholz 2021, S. 5).

3 WAHLVERHALTEN VON BEFRAGTEN DES WSI-ERWERBSPERSONENPANELS

Wie haben Erwerbspersonen bei der Bundestagswahl 2025 gewählt? Die Angaben der Teilnehmer*innen der WSI-Erwerbspersonenbefragung zu ihrer Wahlentscheidung stimmen überwiegend mit dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl überein (Tabelle 1) – und dies trotz der unterschiedlichen Grundgesamtheit (Erwerbspersonen ≠ Wahlbevölkerung). Die Abweichungen bewegen sich im Bereich von 0,18 (BSW) bis 3,64 (CDU/CSU) Prozentpunkten. Unter den befragten Erwerbspersonen befinden sich folglich im Vergleich zum amtlichen Wahlergebnis weniger Wähler*innen von CDU/CSU und SPD¹², während Wähler*innen der Linken und insbesondere anderer Kleinparteien überrepräsentiert sind.

Von den Teilnehmer*innen an der WSI-Erwerbspersonenbefragung, die bei der Bundestagswahl eine gültige Stimme abgaben, haben 4,8 Prozent ihre Zweitstimme an das BSW vergeben. Auch unter den befragten Erwerbspersonen schnitten die Unionsparteien mit 25 Prozent der Zweitstimmen als stärkste Partei ab, gefolgt von der AfD mit 20,3 Prozent und der SPD mit 14,1 Prozent. 12,3 Prozent der Befragten stimmten für die Grünen und weitere 10,4 Prozent für die Linke. Die FDP liegt bei den Befragungsteilnehmer*innen, anders als bei der Bundestagswahl, knapp über der Fünf-Prozent-Hürde.

Tabelle 1

Zweitstimmenergebnisse in der Erwerbspersonenbefragung im Vergleich zum amtlichen Endergebnis

	Erwerbspersonenbefragung		Amtliches Endergebnis	Differenz zum amtlichen Wahlergebnis
	N	%	%	
CDU/CSU	1.511	25,0	28,64	-3,64
AfD	1.150	20,3	20,80	-0,50
SPD	813	14,1	16,44	-2,34
Bündnis 90 / Die Grünen	681	12,3	11,61	0,69
Die Linke	523	10,4	8,78	1,62
Andere	431	7,8	4,42	3,38
FDP	309	5,3	4,33	0,97
BSW	263	4,8	4,98	-0,18

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Bundeswahlleiterin

WSI

¹² Dies könnte u. a. daran liegen, dass (nicht-erwerbstätige) Rentner*innen nicht von der Erwerbspersonenbefragung erfasst werden, die besonders häufig SPD und CDU/CSU wählen.

4 AUSGEWÄHLTE SOZIODEMOGRAFISCHE, SOZIOÖKONOMISCHE UND PSYCHOSOZIALE MERKMALE DER BSW-WÄHLER*INNEN

In diesem Kapitel arbeiten wir soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Merkmale von BSW-Wähler*innen heraus. Dabei beschränken wir unsere Auswahl auf besonders auffällige sozialstrukturelle Eigenschaften.

Welche sozialstrukturellen Merkmale haben bisherige Untersuchungen von BSW-Wähler*innen bzw. von Personen mit bekundeter BSW-Wahlabsicht (BSW-Sympathisant*innen) zu Tage gefördert? Laut der gesichteten Studienlage sind unter BSW-Wähler*innen ältere Kohorten („Babyboomer“) besonders stark vertreten (Jandura et al. 2024, S. 295f.; Thomeczek 2024; Thomeczek 2025; Thomeczek/Wagner 2025). Frühere Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass Frauen und Männer in etwa gleich oft eine Wahl des BSW in Erwägung ziehen (Emmler/Seikel 2024; Jandura et al. 2024, S. 295f.). Allgemein wird festgestellt, dass das BSW vor allem für Personen aus Ostdeutschland attraktiv ist (Emmler/Seikel 2024; Herold/Otteni 2026; Hoffmann 2025; Jandura et al. 2024; Thomeczek 2025; Thomeczek/Wagner 2025). Dies gilt auch für Personen aus benachteiligten sozioökonomischen Schichten und Befragte mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen sowie für Arbeiter*innen (Emmler/Seikel 2024; Hoffmann 2025; Jandura et al. 2024; Thomeczek 2025). In unserer Untersuchung aus dem Jahr 2024 zeigen wir, dass Personen mit großen Sorgen (außer um die Folgen des Klimawandels) sowie einem geringem Institutionenvertrauen eine hohe BSW-Wahlneigung aufweisen (Emmler/Seikel 2024).

In den nachfolgenden Tabellen betrachten wir die Zusammensetzung der Wählerschaft des BSW im Vergleich zum Durchschnitt der anderen Parteien. Überblicke mit Werten für alle Parteien befinden sich im Anhang. Im Wesentlichen bestätigen die Analysen die Befunde früherer Untersuchungen. Die Tabellen 2 bis 5 stellen die Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien bezüglich Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Ost/West, Bildung, Berufsgruppen, Institutionenvertrauen und Sorgen dar. Die vorletzte Spalte weist dabei den durchschnittlichen Wert für ein Merkmal über alle Parteien mit Ausnahme des BSW aus (ausgewiesen als „Durchschnitt andere Parteien“).¹³ Die letzte Spalte gibt die prozentuale Abweichung des BSW vom Durchschnittswert der übrigen Parteien für jedes Merkmal an. Dieser Wert kann als Über- (bei positiven Werten) bzw. Unterrepräsentation (bei negativen Werten) einer bestimmten Gruppe von Personen in der Wählerschaft des BSW interpretiert werden. Wir beschränken unsere Deutung auf Unterschiede von mindestens fünf Prozentpunkten, um kleinere Abweichungen nicht zu überinterpretieren, die beispielsweise auf zufällige Abweichungen zurückgehen könnten.

¹³ In die Berechnung des Durchschnittswertes fließen die Werte aller Parteien (inklusive „sonstige“) ein. In den Tabellen im Anhang werden der Übersichtlichkeit halber aber nur die Werte für CDU/CSU, AfD, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FDP und BSW ausgewiesen.



Soziodemographische Merkmale

Angaben in Prozent

		N	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt
Alter	16 bis 24 Jahre	338	6,4	7,8	-17,9
	25 bis 34 Jahre	1.030	25,1	23,1	8,7
	35 bis 44 Jahre	1.244	13,1	22,1	-40,7
	45 bis 54 Jahre	1.293	24,8	20,9	18,7
	55 bis 64 Jahre	1.412	27,8	22,2	25,2
	65 Jahre und älter	364	2,8	3,9	-28,2
Geschlecht	männlich	3.175	46,4	55,5	-16,4
	weiblich	2.499	53,6	44,5	20,4
Ost/West	Ost (inkl. Berlin)	809	28,1	13,4	109,7
	West	4.618	64,9	82,1	-21,0
	Berlin	254	7,0	4,5	55,6
Migrations- hintergrund	ich selbst	139	0,9	2,8	-67,9
	ein Elternteil	257	5,6	5,1	9,8
	beide Eltern	235	8,2	5,0	64,0
	kein	4.649	85,9	88,2	-2,6

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Betrachtet man zunächst die soziodemografische Zusammensetzung der BSW-Wähler*innen (Tabelle 2), dann fällt auf, dass die 45- bis 64-Jährigen besonders stark vertreten sind, während die Altersgruppen 16-24, 35-44 sowie 65 Jahre und älter unterrepräsentiert sind. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass jüngere (Schüler*innen, Student*innen) sowie ältere Personen (Rentner*innen) in der ausgewerteten Stichprobe wie bereits erwähnt stark unterrepräsentiert sind, da sie sehr häufig nicht erwerbstätig sind. Unter Erwerbspersonen wählen Frauen das BSW häufiger als Männer.

Bei der regionalen Verteilung der BSW-Wähler*innen wird die sehr starke Überrepräsentation von Ostdeutschen deutlich; Ostdeutsche sind in der Wählerschaft des BSW mehr als doppelt so häufig vertreten wie im Schnitt der übrigen Parteien (vgl. Herold/Otteni 2026, S. 14; Thomeczek/Wagner 2025; Wagner/Wurthmann 2025). Bei keiner anderen Partei – auch nicht bei der AfD (siehe hierzu Tabelle 11 im Anhang) – zeigt sich eine derartige Ost-Überrepräsentation der Wählerschaft. Was den Migrationshintergrund von BSW-Wähler*innen anbelangt, sind Migrant*innen unter-, Nachkommen von Eltern mit Migrationshintergrund deutlich überrepräsentiert.

Auch bei den sozioökonomischen Merkmalen der BSW-wählenden Befragten stechen einige Auffälligkeiten ins Auge (Tabelle 3). Personen mit mittlerem Schulabschluss sind überdurchschnittlich häufig vertreten, Befragte mit Abitur hingegen unterdurchschnittlich. Unter den BSW-Wähler*innen befinden sich überdurchschnittlich häufig Befragte aus Haushalten mit niedrigem Nettoäquivalenzeinkommen (unter 1.500 Euro und 1.500 bis unter 2.000 Euro) sowie Befragte aus Haushalten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von 2.500 bis 3.000 Euro. Der Anteil von Mitgliedern von Haushalten mit den höchsten Nettoäquivalenzeinkommen (3.000 Euro und mehr) fällt hingegen deutlich unterdurchschnittlich aus.

Sozioökonomische Merkmale

Angaben in Prozent

		N	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt
Schulbildung	Haupt- oder Volksschulabschluss	1.120	19,9	19,7	1,0
	Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	1.856	43,1	31,0	39,0
	Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS)	2.656	35,8	48,3	-25,9
Haushalts- netto- äquivalenz- einkommen	unter 1.500 Euro	715	18,2	14,6	24,7
	1.500 bis unter 2.000 Euro	1.013	22,8	19,2	18,8
	2.000 bis unter 2.500 Euro	660	13,9	13,6	2,2
	2.500 bis unter 3.000 Euro	1.245	28,4	23,6	20,3
Berufs- gruppen	3.000 Euro und mehr	1.503	16,8	29,0	-42,1
	Selbstständige und große Arbeitgeber	269	2,8	2,9	-3,4
	Manager*innen	1.110	18,8	23,3	-19,3
	Berufe mit akademischer und höherer Fachausbildung	497	13,7	13,4	2,2
	Technische Spezialist*innen	478	4,3	11,7	-63,2
	Kleinunternehmer*innen	442	6,1	6,1	0,0
	Bürokräfte	858	22,0	16,5	33,3
Produktionsarbeiter*innen	485	10,1	11,0	-8,2	
Dienstleistungsarbeiter*innen	713	22,1	15,1	46,4	

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Betrachtet man die Zusammensetzung der BSW-Wählerschaft nach Berufsgruppen, fällt zu- nächst auf, dass technische Spezialist*innen (z. B. Ingenieur*innen, Informatiker*innen, Architekt*innen, Elektrotechniker*innen) besonders schwach vertreten sind.¹⁴ Ebenfalls unterrepräsentiert sind Manager*innen und Produktionsarbeiter*innen¹⁵

(z. B. Facharbeiter*innen, Handwerker*innen, Mechaniker*innen, an- und ungelernete Produktionskräfte). Dahingegen kommen Bürokräfte und Dienstleistungsarbeiter*innen (z. B. Verkäufer*innen, Gastronomiebeschäftigte, Sicherheitskräfte, Pflegekräfte) überdurchschnittlich häufig in der BSW-Wählerschaft vor. Die Häufigkeit von akademischen Berufen und Berufen mit höherer Fachausbildung (Ärzt*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Fachtherapeut*innen) in der BSW-Wählerschaft entspricht in etwa dem Durchschnitt der anderen Parteien.

Im folgenden Schritt werten wir Angaben der Befragten zu psychosozialen Fragen aus, also zu den Sorgen der Befragten (Tabelle 4) und ihrem Vertrauen in Institutionen (Tabelle 5).

¹⁴ Um die Häufigkeit von sozialen Klassen in der BSW-Wählerschaft zu untersuchen, ziehen wir die 8er-Klassifikation von Berufsgruppen von Oesch (2006) heran. Dazu werden die Angaben der Befragten zu ihren beruflichen Tätigkeiten zunächst nach der International Classification of Occupations (ISCO) der International Labour Organisation (ILO) codiert. Diese Klassifizierung wird dann in ein 16-teiliges Schema von Berufsklassen überführt, das auf vier beruflichen Qualifikationsrängen (akademische Berufe, Berufe mit höherer Fachbildung, Lehrberufe, gering qualifizierte Berufe) und vier Arbeitslogiken (interpersonelle, technische, organisatorische und selbstständige Arbeitslogik) beruht. Diese 16er-Matrix wird anschließend zu einer achtteiligen Klassifikation von Berufsgruppen verdichtet. Die Berufe wurden in der Vorwelle 2024 der WSI-Erwerbspersonenbefragung erfasst.

¹⁵ Der Durchschnittswert über alle übrigen Parteien für Produktionsarbeiter*innen wird von der AfD nach oben gezogen, da nahezu 40 Prozent dieser Berufsgruppe bei der Bundestagswahl für die AfD stimmte (siehe Tabelle 12 im Anhang). Würde die AfD aus der Berechnung des Durchschnittswertes herausgenommen, wären Produktionsarbeiter*innen im Vergleich zu den übrigen Parteien beim BSW überrepräsentiert.

Sorgen

Angaben in Prozent

Sorgen um		N	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt
Altersabsicherung	große Sorgen	1.707	45,1	33,9	33,0
	keine Sorgen	1.184	14,8	21,7	-31,8
Sicherheit des Arbeitsplatzes	große Sorgen	586	13,8	11,9	16,0
	keine Sorgen	3.133	45,0	58,5	-23,1
eigene berufliche Zukunft	große Sorgen	767	20,4	16,3	25,2
	keine Sorgen	2.701	40,1	49,6	-19,2
sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft	große Sorgen	2.487	50,6	47,4	6,8
	keine Sorgen	453	10,1	9,4	7,4
Folgen des Klimawandels	große Sorgen	1.688	19,6	33,2	-41,0
	keine Sorgen	1.185	28,6	23,1	23,8
Lebensstandard	große Sorgen	1.385	33,0	27,2	21,3
	keine Sorgen	1.330	16,5	25,4	-35,0
Ausweitung des Nahostkonflikts	große Sorgen	1.932	43,2	36,2	19,3
	keine Sorgen	973	15,5	19,6	-20,9
steigenden Preise	große Sorgen	2.260	53,1	43,5	22,1
	keine Sorgen	551	3,7	10,4	-64,4
Ausweitung des Ukraine-Krieges	große Sorgen	2.488	51,0	46,2	10,4
	keine Sorgen	691	15,4	14,2	8,5
Entwicklung der sozialen Ungleichheit	große Sorgen	1.828	41,2	35,2	17,0
	keine Sorgen	761	9,5	15,3	-37,9
eigene wirtschaftliche Situation	große Sorgen	1.158	26,8	23,1	16,0
	keine Sorgen	1.486	17,3	28,2	-38,7
allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	große Sorgen	2.506	53,2	47,7	11,5
	keine Sorgen	316	2,8	6,4	-56,3

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Generell lässt sich feststellen, dass hohe Anteile der Wählerschaften aller Parteien über alle Items hinweg große Sorgen äußern – ein Spiegel der unsicheren wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage. Tabelle 4 zeigt, dass die BSW-Wähler*innen überdurchschnittlich stark besorgt sind. Die einzige Ausnahme hierbei sind Befragte, die sich über die Folgen des Klimawandels große Sorgen machen: Der Anteil der BSW-Wähler*innen mit großen Sorgen um den Klimawandel ist um 41 Prozent geringer als unter Wähler*innen anderer Parteien. Spiegelbildlich sind diejenigen, die der Klimawandel nicht besorgt, in der BSW-Wählerschaft überrepräsentiert.

Besonders auffällig ist die überdurchschnittlich hohe Verbreitung von materiellen Sorgen – etwa wegen der Altersabsicherung, um den Lebensstandard oder die Inflation. Bemerkenswert ist zudem, dass der Anteil derjenigen, die sich über eine Ausweitung des Ukraine-Krieges große Sorgen machen, nirgendwo so groß ist wie unter BSW-Wähler*innen (siehe hierzu auch Tabelle 13 im Anhang).¹⁶

¹⁶ Eine weitere Auffälligkeit ist die überdurchschnittliche Häufigkeit von BSW-Wähler*innen, die sich nicht um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen. Da zugleich die Gruppe der Befragten mit großen Sorgen über den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft überrepräsentiert ist, lässt sich dieser Befund aber nicht ohne Weiteres deuten.

Institutionenvertrauen

Angaben in Prozent

Vertrauen in		N	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt
Arbeitgeberverbände	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	1.927	38,9	36,6	6,3
	großes oder sehr großes Vertrauen	809	15,2	16,1	-5,6
die Bundeswehr	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	1.489	32,0	27,3	17,2
	großes oder sehr großes Vertrauen	1.709	28,4	30,2	-6,0
die Gewerkschaften	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	1.849	30,5	33,1	-7,9
	großes oder sehr großes Vertrauen	1.311	22,5	25,8	-12,8
die Gerichte	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	1.079	20,9	19,5	7,2
	großes oder sehr großes Vertrauen	2.732	36,5	48,7	-25,1
die öffentlich-rechtlichen Medien	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	2.250	61,8	39,4	56,9
	großes oder sehr großes Vertrauen	1.726	10,5	31,7	-66,9
die Polizei	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	681	13,3	12,7	4,7
	großes oder sehr großes Vertrauen	3.309	54,4	57,6	-5,6
die Bundesregierung	wenig oder überhaupt kein Vertrauen	2.546	67,6	44,7	51,2
	großes oder sehr großes Vertrauen	803	3,9	14,3	-72,7

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Insgesamt ist das Institutionenvertrauen unter BSW-Wählenden relativ niedrig. Die einzigen Institutionen, denen BSW-Wähler*innen seltener misstrauen als Wähler*innen anderer Parteien (im Durchschnitt), sind Polizei und Gewerkschaften (siehe Tabelle 5). Dahingegen sind Befragte, die der Bundeswehr überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen, 1,5-mal häufiger in der BSW-Wählerschaft vertreten als im Durchschnitt bei den anderen Parteien.

Besonders ausgeprägt ist das Misstrauen unter BSW-Wähler*innen gegenüber der Bundesregierung und den öffentlich-rechtlichen Medien. Während 61,8 Prozent der BSW-Wähler*innen den öffentlich-rechtlichen Medien wenig oder überhaupt nicht vertrauen, sind es bei Bundesregierung 67,7 Prozent. Nur die AfD hat höhere Anteile in ihrer Wählerschaft, die diesen beiden Institutionen noch seltener vertrauen (siehe Tabelle 14 im Anhang).

5 DAS POLITISCHE PROFIL DER BSW-WÄHLER*INNEN

Der nun folgende Teil des Reports befasst sich mit den politischen Einstellungen der BSW-Wähler*innen. Dazu greifen wir auf das in der Politikwissenschaft gängige Modell eines zweidimensionalen politischen Wettbewerbs zurück (siehe etwa Hooghe/Marks 2018; Inglehart 1977; Kitschelt 1994; de Wilde et al. 2019; Kriesi et al. 2006; Kriesi 2010; Lefkofridi et al. 2014). Das Modell unterteilt den politischen Raum vereinfachend entlang zweier Konfliktachsen. Die erste Konfliktachse bildet den klassischen Links-Rechts-Gegensatz in der ökonomischen Dimension ab, also bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier stehen sich beispielsweise befürwortende und ablehnende Haltungen zu sozialstaatlicher Umverteilung oder staatlicher Marktregulierung gegenüber. In der hier verwendeten grafischen Darstellung des Modells wird diese ökonomische Dimension auf der x-Achse abgebildet. Die zweite Konfliktachse erfasst die soziokulturelle Dimension, in der gesellschaftspolitische Themen wie z.B. Zuwanderung oder gleichgeschlechtliche Ehen verhandelt werden. Kritische Positionen zur Zuwanderung und zur EU sind typischerweise zentrale Motive der politischen Mobilisierung rechtspopulistischer Parteien in Europa (Hooghe/Marks 2018; Vries/Hobolt 2020; Wagner 2022). Einige Beobachter*innen gehen sogar davon aus, dass Migration und europäische Integration eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie darstellen, entlang der sich sogenannte GAL- und TAN-Parteien auf den entgegengesetzten Polen positionieren (Hooghe/Marks 2018; vgl. Kriesi 1998; vgl. Kriesi et al. 2006; vgl. Kriesi 2010).¹⁷ Traditionelles Familienverständnis, Missbilligung der Gleichstellung von sexuellen Minderheiten (Mudde 2007, S. 67–68, S. 90–97) sowie Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen (Bosetti et al. 2025, S. 824f.; Forchtner et al. 2018; Forchtner/Kølvraa 2015; Hövermann 2025, S. 43f.; Lockwood 2018) sind weitere, typische Merkmale rechtspopulistischer Narrative und Programmatiken.¹⁸ In den nachfolgenden Abbildungen wird die soziokulturelle Dimension auf der y-Achse abgebildet.

In diesem Koordinatensystem lassen sich sowohl Parteien als auch Wähler*innen verorten. Je weiter rechts sich eine Partei oder eine Wählerin befindet, desto „kapitalistischer“ ist sie, je weiter links, desto „sozialistischer“. Je weiter oben sich Parteien oder Wähler*innen befinden, desto „liberaler“ sind sie (z.B. Befürwortung von Migration), je weiter unten, desto „konservativer“ (z.B. Ablehnung von Migration). Aus der Kombination der beiden Dimensionen ergeben sich vier mögliche Varianten: links-liberale, rechts-liberale, rechts-konservative sowie links-konservative Parteien bzw. Wähler*innen.

Um die politischen Parteien in diesem Koordinatensystem zu verorten, greifen wir auf die Daten des Chapel Hill Expert Survey (CHES) (Rovny et al. 2024) zurück. Der CHES-Datensatz erhebt auf Grundlage von Experteneinschätzungen die Positionen von europäischen Parteien zu Themen der europäischen Integration, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Für die aktuelle Welle von 2024 haben 609 Expert*innen 297 Parteien aus 31 europäischen Ländern bewertet.

Um die Positionierung der Wähler*innen zu ermitteln, haben wir die hierzu bereits etablierten Fragen aus der European Election Study (EES) (Popa et al. 2024) in die Erwerbspersonenbefragung übernommen. Zur Ermittlung der ökonomischen Präferenzen fragten wir demnach die Einstellungen zu Handelsliberalisierung und Protektionismus sowie zur Umverteilung des Wohlstands ab. Um die kulturellen Präferenzen der Umfrageteilnehmer*innen zu erheben, fragten wir sie nach ihrer Meinung zu gleichgeschlechtlichen Ehen, zur Einwanderungspolitik, der Europäischen Union und der Klimaschutzpolitik.¹⁹

¹⁷ GAL steht für „green, alternative, liberal“ und TAN für „traditional, authoritarian, nationalist“. GAL-Parteien befürworten offene Grenzen und europäische Integration, TAN-Parteien lehnen Zuwanderung und eine weitere Delegation von politischen Kompetenzen an die EU ab (Hooghe/Marks 2018).

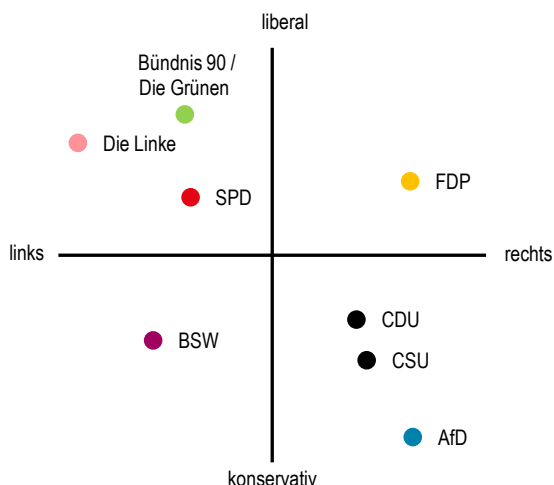
¹⁸ Allerdings lehnen nicht alle rechtspopulistischen Parteien die Gleichstellung von Homosexuellen ab. Dies gilt insbesondere für einige rechtspopulistische Parteien im Norden Europas. Ausnahmen sind etwa die niederländische LFP von Pim Fortuyn sowie die PVV von Geert Wilders, die die Rechte sexueller Minderheiten als Ausdruck westlicher Freiheit deuten, die gegen den Islam verteidigt werden muss.

¹⁹ Die Einzelitems zu den beiden Dimensionen haben wir jeweils in einem kombinierten Index gebündelt.

Abbildung 1 zeigt, wie sich das politische Angebot in Deutschland sortiert, also wie sich die Parteien im zweidimensionalen Modell verorten. Wie die Darstellung verdeutlicht, hat sich das BSW im links-konservativen Quadranten einsortiert, der bisher von keiner anderen Partei abgedeckt wurde. Damit ergänzt das BSW den politischen Wettbewerb in Deutschland um ein neuartiges programmatisches Angebot (vgl. Herold/Otteni 2026, S. 5f.).

Abbildung 1

Politisches Angebot



Anmerkungen: Variablen „Irecon“ (x-Achse) und „galtan“ (y-Achse)

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2024, eigene Darstellung



Abbildung 2 stellt dar, wie sich die befragten Erwerbspersonen im politischen Raum verteilen.²⁰ Die BSW-Wähler*innen sind darin pink eingefärbt, die Wähler*innen aller anderen Parteien türkis. Das Verhältnis zwischen den beiden Werten gibt Auskunft darüber, ob bestimmte Einstellungskombinationen in der Wählerschaft des BSW im Vergleich zu den anderen Parteien unter- oder überrepräsentiert sind. Je größer eine Blase ist, desto mehr Personen befinden sich auf einer Koordinate. Die Prozentangaben in den Ecken des Diagramms weisen aus, wie hoch der Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW ist (pink). Der türkis eingefärbte Wert weist zum Vergleich die entsprechenden Anteile für alle anderen Parteien aus. Befragte, die sich auf einer oder auf beiden Achsen in der Mitte befinden, lassen sich keinem Quadranten zuordnen und werden daher bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund gehen die jeweiligen Prozentangaben zu den Wähleranteilen addiert nicht auf 100 Prozent auf.

²⁰ Bei der Frage zur Einwanderungspolitik waren mutmaßlich widersprüchliche Aussagen auffällig, die vermutlich auf Verständnisprobleme mit der Bezeichnung „restriktiv“ und der Verwendung einer doppelten Verneinung zurückzuführen sind. Da ein weiteres Item zur eingeschätzten Wichtigkeit der Zuwanderungsbegrenzung erfragt wurde, konnten die Antworten hiermit abgesichert und für einige Fälle für die Darstellung der politischen Räume bereinigt werden. Bei zwei Szenarien wurden Angaben für die Darstellung der politischen Räume entfernt: (a) Wenn der Aussage „Wie ist Ihre Meinung zur Einwanderungspolitik?“ (von 0 = „Sie sind voll und ganz für eine restriktive Einwanderungspolitik.“ bis 10 = „Sie sind voll und ganz gegen eine restriktive Einwanderungspolitik.“) mit 0 oder 1 entsprochen wurde, und wenn zugleich das Thema „Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland“ (Skala: 1 = „sehr wichtig“ bis 7 = „überhaupt nicht wichtig“) mit 7 beantwortet wurde, und b) wenn der Aussage „Wie ist Ihre Meinung zur Einwanderungspolitik?“ mit 9 oder 10 entsprochen wurde, und wenn zugleich das Thema „Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland“ mit 1 eingestuft wurde. Durch diese Bereinigung wurden 375 Angaben entfernt, darunter 26 von BSW-Wähler*innen.

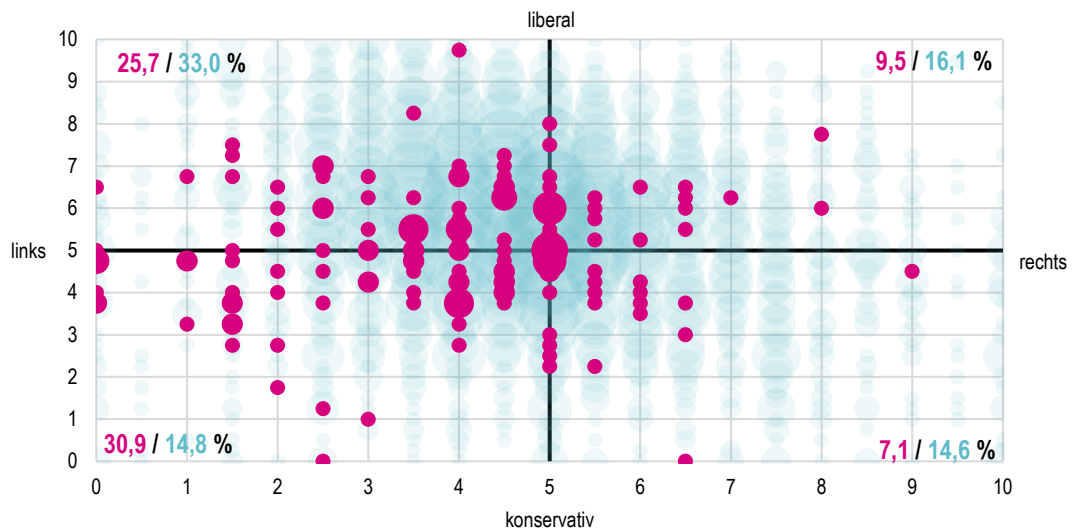
Die Abbildung zeigt, dass es eine relevante Gruppe von Personen mit links-konservativen Einstellungen gibt. Insgesamt lassen sich 15,4 Prozent der Befragten dem links-konservativen Quadranten zuweisen. Da für diese Gruppe zuvor kein politisches Angebot vorhanden war, schließt das BSW somit eine Lücke in der politischen Repräsentation. In keinem anderen Quadranten findet sich ein ähnlich hoher Anteil an BSW-Wähler*innen wieder: Mit 30,9 Prozent hat der größte Teil der BSW-Wählerinnen ökonomisch linke und soziokulturelle konservative Einstellungen. Diese Gruppe ist in der Wählerschaft des BSW also wesentlich stärker repräsentiert als in anderen Parteien. Insgesamt 42,3 Prozent der BSW-Wähler*innen lassen sich einem der übrigen Quadranten zuordnen. Lediglich 9,5 Prozent der BSW-Wähler*innen können dem rechts-liberalen und 7,1 Prozent dem rechts-konservativen Quadranten zugeordnet werden. Beide Gruppen wählten das BSW folglich deutlich seltener als die anderen Parteien. Wie sich der Abbildung ebenfalls entnehmen lässt, rekrutierte das BSW auch einen substantziellen Anteil seiner Wählerschaft aus dem Lager links-liberaler Befragter. Mit 25,7 Prozent aller BSW-Wähler*innen stellen sie die zweitgrößte Wählergruppe.

Fächert man die Wahlentscheidungen nach Quadranten auf, dann wird ersichtlich, dass links-konservative Befragte tatsächlich mit neun Prozent die höchste BSW-Wahlneigung aufwiesen (siehe Tabelle 6). Den größten Zuspruch aus dieser Gruppe erfuhr jedoch mit 41 Prozent die AfD, gefolgt von der CDU/CSU mit 25 Prozent.

Abbildung 3 vergleicht die durchschnittlichen Wähler*innen aller Parteien miteinander. Das Muster der Verteilung der Durchschnittswähler*innen entspricht der räumlichen Verteilung der Parteien (vgl. Abbildung 1). BSW-Wähler*innen stehen im Schnitt ökonomisch links von Wähler*innen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, aber rechts der Linken-Wähler*innen. In der soziokulturellen Dimension befinden sie sich auf einer Höhe mit Wähler*innen der Unionsparteien sowie der FDP und sind zugleich konservativer eingestellt als die Wählerschaft der Grünen, der Linken und der SPD. Die AfD hat mit großem Abstand das konservativste Elektorat (vgl. Herold/Otteni 2026, S. 10f.).

Abbildung 2

Politisches Profil der BSW-Wähler*innen im Vergleich

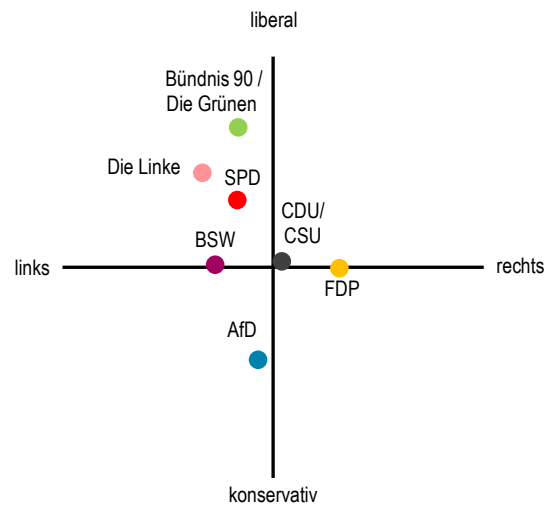


Anmerkungen: Prozentangaben in Pink weisen den Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW aus. Prozentangaben in Türkis weisen Anteile für alle anderen Parteien aus.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

Um zu prüfen, ob das kulturelle Einstellungsbündel, das typischerweise mit rechtspopulistischen Parteien und ihren Wähler*innen assoziiert wird, auch bei links-konservativen Personen vorzufinden ist, desintegrieren die nachfolgenden Abbildungen die kulturelle Dimension in ihre Einzelbestandteile. Gezeigt werden also die Einstellungen gesondert zur Einwanderungspolitik (Abbildung 4), der europäischen Integration (Abbildung 5), der Klimaschutzpolitik (Abbildung 6) und zu gleichgeschlechtlichen Ehen (Abbildung 7). Die x-Achse bleibt über alle Abbildungen hinweg konstant. Bei den separierten soziokulturellen Einzelitems tendieren die Wähler*innen des BSW zum konservativen Pol (Abbildungen 4 bis 6) – mit einer Ausnahme: Beim Thema gleichgeschlechtliche Ehe neigt die Mehrzahl der BSW-Wähler*innen dem liberalen Pol zu (Abbildung 7). Erwerbspersonen mit linken ökonomischen Präferenzen gepaart mit migrations-, integrations- oder klimaschutzkritischen Einstellungen sind in der BSW-Wählerschaft im Vergleich zu den anderen Parteien deutlich überrepräsentiert. BSW-Wähler*innen stehen also ähnlich wie Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien Zuwanderung (siehe hierzu Hövermann 2025, S.28ff.), der europäischen Integration und dem Klimaschutz mehrheitlich ablehnend gegenüber, befürworten aber im Unterschied dazu in der Regel Eheschließungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partner*innen.

Durchschnittliche politische Einstellung der Wählerschaften



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Tabelle 6

Wahlentscheidung nach politischen Einstellungen

Angaben in Prozent

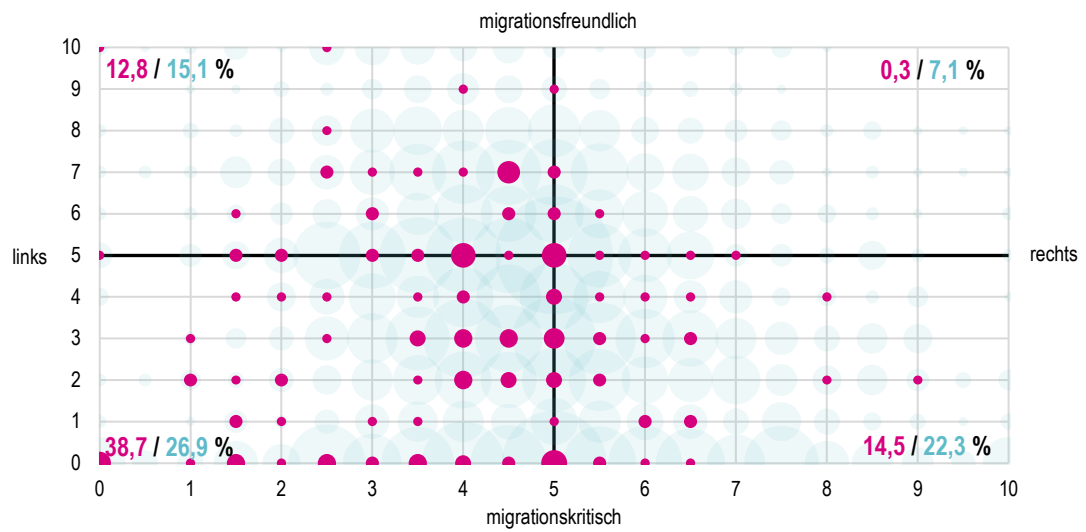
	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW
Links-Liberale	17,4	22,1	25,0	1,9	17,4	4,1	3,3
Links-Konservative	25,2	9,0	1,2	4,3	5,2	41,0	8,6
Rechts-Liberale	34,8	17,0	20,0	13,0	3,3	2,4	2,5
Rechts-Konservative	41,0	3,3	0,7	13,6	1,3	34,0	2,1
nicht zugeordnet*	29,3	13,9	10,3	6,0	8,4	18,2	5,2

Anmerkungen: Befragte, die auf mindestens einer der Achsen in der Mitte liegen, werden keinem der vier Quadranten zugeordnet werden.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Einstellungen der BSW-Wähler*innen zur Einwanderungspolitik

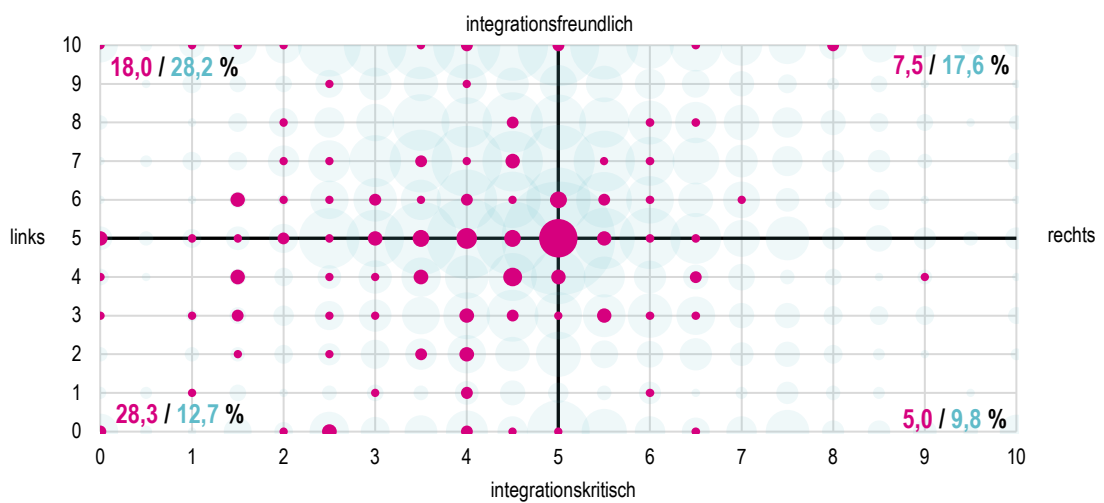


Anmerkungen: Prozentangaben in Pink weisen Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW aus. Prozentangaben in Türkis weisen Anteile für alle anderen Parteien aus.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung



Einstellungen der BSW-Wähler*innen zur Europäischen Einigung

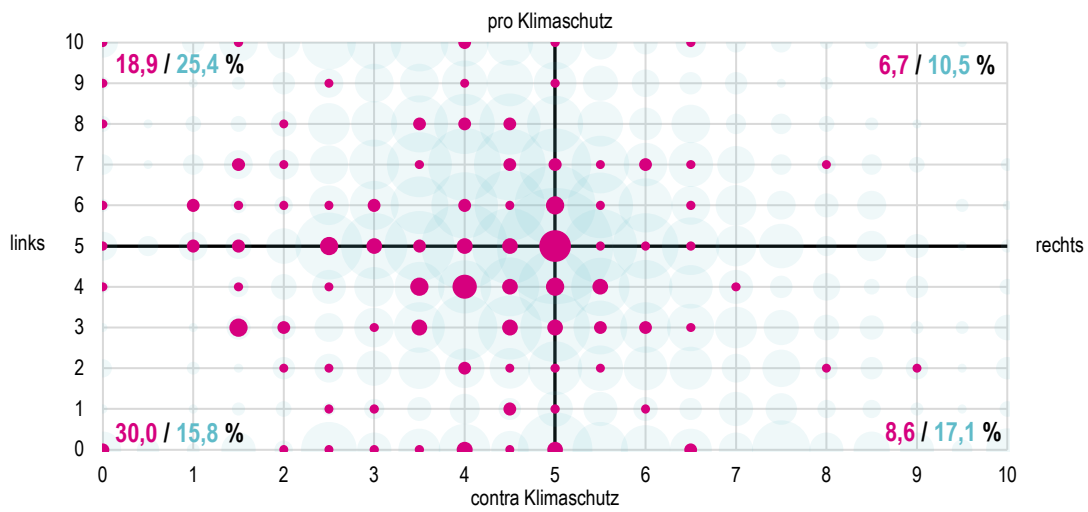


Anmerkungen: Prozentangaben in Pink weisen Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW aus. Prozentangaben in Türkis weisen Anteile für alle anderen Parteien aus.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung



Einstellungen der BSW-Wähler*innen zum Klimaschutz



Anmerkungen: Prozentangaben in Pink weisen Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW aus. Prozentangaben in Türkis weisen Anteile für alle anderen Parteien aus.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung



Einstellungen der BSW-Wähler*innen zur gleichgeschlechtlichen Ehe



Anmerkungen: Prozentangaben in Pink weisen Anteil eines Quadranten an der Wählerschaft des BSW aus. Prozentangaben in Türkis weisen Anteile für alle anderen Parteien aus.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung



6 WÄHLERWANDERUNG ZUM BSW

Da das BSW zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl antrat, stellt sich die Frage, aus welchen politischen Lagern das BSW Wähler*innen rekrutieren konnte. Hierzu untersuchen wir, welche Parteien die Befragten bei der Bundestagswahl 2025 gewählt haben – differenziert nach der Zweitstimme im Jahr 2021. Unter den befragten Erwerbspersonen konnte das BSW von allen Parteien Stimmen abziehen, allerdings in unterschiedlichem Umfang. Tabelle 7 zeigt, dass die Linke den anteilig größten Abfluss zum BSW verzeichnete: 16,6 Prozent der Befragten, die ihr Kreuz 2021 noch bei der Linken machten, stimmten bei der Bundestagswahl 2025 für das BSW. Zudem konnte das BSW 5,5 Prozent der vormaligen SPD-, 4,5 Prozent der FDP- und 4,1 Prozent der AfD-Wähler*innen für sich gewinnen. Mit nur 2,2 bzw. 1,3 Prozent wechselte ein auffällig kleiner Teil der Wähler*innen der CDU/CSU und der Grünen zum BSW.

Betrachtet man das relative Gewicht der jeweiligen Wähler*innengruppen – also den Anteil der vormaligen Wähler*innen anderer Parteien an der BSW-Wählerschaft – dann stellen ehemalige SPD-Wähler*innen mit einem Anteil von 27,9 Prozent aller BSW-Wähler*innen die zahlenmäßig größte Gruppe in der BSW-Wählerschaft unter den befragten Erwerbspersonen (Tabelle 8). SPD-Wähler*innen wiesen zwar insgesamt keine besonders hohe BSW-Neigung auf (siehe Tabelle 7), stellten aber bei der Bundestagswahl 2021 dank des mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen noch vergleichsweise guten Abschneidens der SPD eine relativ große Wählergruppe. Die zweitgrößte Wählergruppe in der WSI-Erwerbspersonenbefragung ist mit 16,4 Prozent der aktuellen BSW-Wähler*innen ehemalige Wähler*innen der Linken, gefolgt von 12,7 Prozent der ehemaligen FDP-Wähler*innen.

Von den BSW-wählenden Erwerbspersonen wählten zudem 11,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 eine andere, nicht im Bundestag vertretene Partei.

Die kleinste Parteiengruppe stellen mit 3,3 Prozent der Befragten – analog zur ihrer allgemein niedrigen BSW-Neigung – ehemalige Wähler*innen der Grünen. Knapp sieben Prozent der aktuellen BSW-Wählenden machten ihr Kreuz bei der Bundestagswahl 2021 noch bei der AfD.

Festzuhalten ist, dass die AfD nur einen relativ kleinen Teil ihrer Wählerschaft aus 2021 (4,1 Prozent) an das BSW verlor. Mit der Wählerwanderung von der AfD zum BSW befassen wir uns noch einmal gesondert im nächsten Kapitel.

Tabelle 8

Relatives Gewicht der Wählergruppen

Zweitstimme 2021	in Prozent aller BSW-Stimmen
SPD	27,9
Die Linke	16,4
FDP	12,7
andere Partei	11,5
CDU/CSU	7,9
AfD	6,9
Bündnis 90 / Die Grünen	3,3
nicht gewählt / nicht wahlberechtigt	2,4

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Tabelle 7

Wählerwanderung

Angaben in Prozent

Bundestagswahl 2021	N	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW
CDU/CSU	545	69,4	4,6	3,4	2,7	0,1	12,4	2,2
SPD	761	19,6	41,9	9,8	1,9	7,4	8,5	5,5
Bündnis 90 / Die Grünen	360	10,6	12,0	57,1	0,9	10,4	2,1	1,3
FDP	402	34,9	4,2	3,4	21,2	3,1	19,4	4,5
Die Linke	136	7,4	6,9	5,4	0,8	45,6	9,1	16,6
AfD	257	6,0	1,5		1,1	0,2	85,9	4,1

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

7 HAT DAS BSW DIE AFD STIMMEN GEKOSTET?

In Wissenschaft und Medien²¹ wird seit einiger Zeit diskutiert, ob links-konservative Parteien im Allgemeinen und das BSW im Speziellen in nennenswertem Umfang Stimmen von Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien abziehen könnten (Herold/Otteni 2026, S. 3, 6; Hillen/Steiner 2020; Lefkofridi et al. 2014; Nölke 2018; Wagner et al. 2023). Hintergrund dieser Spekulation ist die Beobachtung, dass es in allen europäischen Ländern relevante Wählergruppen mit ökonomisch linken und gesellschaftspolitisch konservativen Präferenzen gibt, aber zumindest in vielen westeuropäischen Ländern entsprechende politische Angebote fehlen, darunter bis zur Gründung des BSW auch in Deutschland. Links-konservative Wähler*innen müssen sich in diesen Ländern daher zwischen links-liberalen Parteien entsprechend ihrer ökonomischen Einstellungen oder rechts-konservativen Parteien gemäß ihrer soziokulturellen Präferenzen entscheiden. Aufgrund der in den letzten Jahren hohen Salienz insbesondere des Migrationsthemas entschieden sich schließlich große Teile der links-konservativen Wähler*innen zu einer Wahl rechtspopulistischer Parteien – eine wichtige Erklärung für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien (Hooghe/Marks 2018; Lefkofridi et al. 2014; van der Brug/van Spanje 2009). Tatsächlich zeigt unsere Auswertung auf Grundlage von EES-Daten, dass in Deutschland bei der vorletzten Europawahl im Jahre 2019, also noch vor der Gründung des BSW, 54,8 Prozent der links-konservativen Befragten die AfD wählten – von keiner anderen Wählergruppe erfuhr die AfD größere Zustimmung (Tabelle 9). Unsere Analyse der Daten aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung in Kapitel 5 belegt ebenfalls, dass Personen mit links-konservativem Profil bei der Bundestagswahl 2025 mit Abstand am häufigsten die AfD wählten (Tabelle 6), obwohl hier mit dem BSW eine Partei zur Wahl stand, die als links-konservativ eingestuft werden kann.

Im Nachgang der Bundestagswahl wurde diskutiert, ob das BSW die AfD tatsächlich Stimmen gekostet habe. Obwohl etwa laut Analysen von infratest dimap im Auftrag der ARD die AfD im Saldo lediglich an das BSW Stimmen verloren hatte, blieb der Abfluss mit rund 60.000 Stimmen hinter den Erwartungen zurück.²² Dies entspricht gerade einmal 1,25 Prozent der Personen, die bei der Bundestagswahl 2021 die AfD gewählt hatten und 0,12 Prozent aller gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2025.²³ Auffällig ist, dass im Vergleich dazu von den befragten Erwerbspersonen ein deutlich höherer Anteil, nämlich 4,1 Prozent der ehemaligen AfD-Wähler*innen, angaben, zum BSW gewechselt zu sein (siehe Tabelle 7). Wie lassen sich die Abweichungen zwischen infratest dimap und der WSI-Erwerbspersonenbefragung erklären? Eine mögliche Erklärung sind Unterschiede bei der Datenerhebung. Bei Nachwahlbefragungen an Wahllokalen werden typischerweise Personen sowohl gefragt, was sie aktuell (2025) gewählt, als auch, was sie bei der letzten Wahl (2021) gewählt haben. Im Gegensatz zu diesem Vorgehen fragen wir keine Erinnerungen ab, sondern nutzen den Panelcharakter der WSI-Erwerbspersonenbefragung und beziehen uns auf die Angaben, die Befragte direkt nach der letzten Wahl (2021) gemacht haben. Es ist plausibel anzunehmen, dass Personen zur Vermeidung von Dissonanzen angeben, 2021 die gleiche Partei gewählt zu haben wie 2025, auch wenn sie 2021 tatsächlich eine andere Partei wählten.²⁴ Dies könnte zu einer Unterschätzung der Wählerwanderung in der öffentlichen Berichterstattung führen und einen Teil der Abweichungen von unseren Zahlen erklären. Tatsächlich sinken auch unsere „Wanderungsanteile“, wenn wir statt den Angaben aus 2021 die Erinnerung der befragten Personen im Jahr 2025 heranziehen.

21 Siehe z. B. den Gastbeitrag von Cas Mudde im Guardian vom 16.01.2024: „Can Europe’s new ‘conservative left’ persuade voters to abandon the far right?“, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2024/jan/16/conservative-left-europe-far-right-sahra-wagenknecht-germany> (letzter Aufruf: 12.01.2026) oder Tagesschau vom 08.01.2024: „Das Wundermittel gegen die AfD?“, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wagenknecht-partei-104.html> (letzter Aufruf: 12.01.2026).

22 Vgl. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/charts/analyse-wanderung/chart_1873619.shtml (letzter Zugriff: 19.11.2025). Im Fall der Wählerwanderung zum BSW ist keine Kalkulation des Saldos möglich, da das BSW zum ersten Mal zu einer Bundestagswahl antrat und ergo auch keine Stimmen vom BSW aus vorherigen Wahlen an andere Parteien abfließen konnten.

23 Eigene Berechnung.

24 Siehe hierzu Tagesspiegel vom 17.10.2018: „Wählerwanderung: Mit Vorsicht zu genießen“, <https://www.tagesspiegel.de/politik/mit-vorsicht-zu-geniessen-3998326.html> (letzter Zugriff: 24.02.2026).

Wir gehen davon aus, dass die Angabe aus dem Jahr 2021 verlässlicher ist als die Erinnerung vier Jahre später.²⁵

Die Ausgangsfrage, ob das BSW der AfD Stimmen gekostet hat, lässt sich allerdings nicht allein mit einer Betrachtung der Wählerwanderung zwischen den beiden Wahlgängen 2021 und 2025 beantworten. Die AfD erzielte bei der Bundestagswahl 2021 ein Ergebnis von 10,3 Prozent. Im Verlaufe des Sommers 2023 verzeichnete die AfD in Umfragen bereits Werte von über 20 Prozent (Heckmann et al. 2025, S. 1; Hövermann 2023, S. 3; Jankowski 2025). Denkbar wäre, dass das BSW zwar nur einen eher kleinen Teil der AfD-Wähler*innen aus 2021 abwerben konnte, aber möglicherweise einen signifikanten Anteil der *nach* der Bundestagswahl 2021 hinzugekommenen neuen AfD-Sympathisant*innen. In diesem Falle hätte das BSW der AfD mehr Stimmen gekostet als in der üblicherweise statisch betrachteten Wählerwanderung ersichtlich würde. Gestützt wird diese Vermutung durch eine Auswertung der WSI-Erwerbspersonenbefragung aus dem Jahr 2024. Hier zeigte sich, dass seit 2021 hinzugekommene AfD-Sympathisant*innen auffallend häufig eine Wahl des damals noch kurz vor seiner Gründung stehenden BSW in Erwägung zogen (Emmler/Seikel 2024). Insgesamt gaben 34,8 Prozent der seit der letzten Bundestagswahl hinzugekommenen AfD-Sympathisant*innen an, das BSW „auf jeden Fall“ (12,5 Prozent) oder „wahrscheinlich“ (22,3 Prozent) wählen zu wollen. Dieser Wert lag deutlich über der durchschnittlichen BSW-Wahlneigung aller AfD-Sympathisant*innen (21,6 Prozent; davon 8,5 Prozent „auf jeden Fall“) und der durchschnittlichen BSW-Neigung aller Befragten (15 Prozent; davon 4,6 Prozent „auf jeden Fall“) (Emmler/Seikel 2024, S. 11, S. 24–25). Studien auf Grundlage der German Longitudinal Election Study (GLES) belegen, dass das BSW zwischenzeitlich insbesondere bei seit 2021 neu hinzugekommenen AfD-Sympathisant*innen punkten konnte. Heckmann et al. (2025, S. 4f.) weisen nach, dass die beiden größten Gruppen von BSW-Wähler*innen bei der Europawahl 2024, die sich erst nach dem Oktober

2023 dem BSW zuwandten, von der AfD und der Linken stammten. Die Rekonstruktion von weiter zurückreichenden Angaben zur Sonntagsfrage seit 2021 legt nahe, dass relevante Teile des zahlenmäßig größten Blocks unter den BSW-Wählerinnen, ehemalige SPD-Wähler*innen, zunächst über den Umweg über die AfD, CDU oder die Linke zum BSW wanderten. Bei „treuen“ AfD-Wähler*innen war das BSW hingegen weniger erfolgreich.

Laut den Autor*innen bewegten insbesondere zwei Faktoren die Wähler*innen anderer Parteien, zum BSW zu wechseln: Ablehnung der Unterstützung für die Ukraine, gefolgt von migrationskritischen Positionen (Heckmann et al. 2025, S. 6; siehe auch Hoffmann 2025, S. 818 und Thomeczek 2025).²⁶ Ähnliche Befunde liefert die Untersuchung von Jankowski (2025). Die Studie zeigt, dass zum Erhebungszeitpunkt Juni 2024 6,6 Prozent der AfD-Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2021 eine BSW-Wahlabsicht äußerten, während es 14 Prozent derjenigen waren, die im Oktober 2023 eine AfD-Wahlabsicht geäußert hatten (Jankowski 2025, S. 364).²⁷ Auch Jankowski (2025, S. 367f.) beobachtet, dass zahlreiche ehemalige SPD-Wähler*innen über den Umweg der AfD zum BSW gewandert sind. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass das BSW den zwischenzeitlichen Umfragehöhenflug der AfD gestoppt habe (Jankowski 2025, S. 369). Wagner und Wurthmann (2025) konzentrieren sich in einer weiteren Auswertung von GLES-Daten auf Ostdeutschland und stellen fest, dass das BSW dort die Wählerschaft der AfD spalten könnte, insbesondere wenn verteilungspolitische Fragen salienter würden. Sowohl AfD als auch BSW ziehen zwar Wählergruppen an, die Migration und Waffenlieferungen an die Ukraine kritisch sehen, sich aber erheblich in ihren sozialpolitischen Präferenzen unterscheiden. So befürworten BSW-Wähler*innen im Gegensatz zu AfD-Wähler*innen häufiger sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen.

25 Ein weiterer Faktor – ein Kuriosum von Befragungen – ist die Überschätzung der Wahlbeteiligung (Schäfer 2023; Bernstein et al. 2001). Etwa 97 Prozent unserer befragten Personen gab an, im Jahr 2025 gewählt zu haben – im Gegensatz zur amtlichen Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent. Gehen wir nun davon aus, dass alle Personen, die fälschlicherweise angaben, gewählt zu haben, sich zufällig auf die Parteien verteilen, dürfte jede Wählerwanderung in Tabelle 7 um den Faktor der erhöhten Wahlbeteiligung (15 bis 20 Prozent) überschätzt sein. Zudem bestehen weitere Unsicherheiten: Erstens unterliegen alle Stichprobeninformationen statistischen Unsicherheiten. Unsere Anteile können zufällig überschätzt, die Anteile der öffentlichen Berichterstattung können zufällig unterschätzt sein. Zweitens untersuchen wir eine andere Population als die Wahlbevölkerung: Es ist möglich – wenn auch nicht zu quantifizieren –, dass Erwerbspersonen, die im Jahr 2021 die AfD gewählt haben, eher zum BSW neigen als die Menge der AfD-Wähler*innen insgesamt.

26 Dies unterstützt die Hypothese, dass es sich bei dem BSW um einen Ausdruck einer Spaltung des ehemaligen SPD-Lagers entlang der kulturellen Dimension des politischen Wettbewerbs handelt, während die frühere Spaltung des Linken-Vorläufers WASG von der SPD als eine Spaltung entlang der ökonomischen Dimension des politischen Wettbewerbs interpretiert werden könnte (vgl. Emmler/Seikel 2024, S. 26; siehe auch Jankowski 2025, S. 372).

27 Jandura et al. (2024, S. 298f.) zeigen mit anderen Daten, dass die Überschneidung der Wählerpotenziale von AfD und BSW in Ostdeutschland doppelt so hoch ist als in Westdeutschland, aber niedriger als zwischen BSW und SPD oder der Linken. Nach ihrer Berechnung liegt das Wählerpotenzial des BSW mit 22 Prozent auf ähnlichem Niveau wie bei anderen Kleinparteien, etwa der FDP oder der Linken.

Wahlentscheidung nach politischen Einstellungen bei der Europawahl 2019

Angaben in Prozent

	Links-Liberale	Rechts-Liberale	Rechts-Konservative	Links-Konservative
Nichtwahl	12,2	7,4	9,2	22,8
CDU/CSU	12,5	40,0	33,0	6,7
SPD	15,9	14,2	5,6	3,4
Bündnis 90 / Die Grünen	32,1	19,5	6,9	2,6
Die Linke	11,0	2,1	1,5	7,5
FDP	3,3	9,8	6,2	2,2
AfD	9,7	7,1	37,5	54,8

Anmerkungen: Die Konstruktion der Quadranten erfolgte analog zum im Kapitel 5 beschriebenen Vorgehen. Allerdings beruht die Konstruktion der soziokulturellen Dimension auf Items, die der EES entnommen wurden (gleichgeschlechtliche Ehe, Kriminalitätsbekämpfung, Umweltschutz, Zuwanderung, europäische Integration). Zudem wurden nicht nur Personen keinem Quadranten zugewiesen, die sich auf einer der Achsen befinden, sondern auch Befragte, die sich um den Schnittpunkt der beiden Achsen herum gruppieren (jeweils Personen mit Werten von kleiner-gleich sechs oder größer-gleich vier). Insofern lassen sich die Werte nicht ohne Weiteres mit den Auswertungen der WSI-Erwerbspersonenbefragung vergleichen.

Quelle: European Election Study

WSI

AfD-Wähler*innen sind zudem deutlich migrationskritischer als BSW-Wähler*innen. Gemeinsamkeiten bei der Zuwanderungs- und der Ukrainepolitik erklären demnach, warum das BSW bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen einige ehemalige AfD-Wähler*innen für sich gewinnen konnte. Unterschiede bei den Einstellungen zur Sozialpolitik zwischen den jeweiligen Wählerschaften schränkten dabei allerdings das Potenzial des BSW ein, besonders migrations- und sozialstaatskritische AfD-Wähler*innen für sich zu gewinnen (Wagner/Wurthmann 2025, S. 18f.; vgl. auch Hövermann 2025, S. 25f.). Wie verhält es sich nun tatsächlich mit der Wählerwanderung von Erwerbspersonen von der AfD zum BSW vom Zeitpunkt der Bundestagswahl 2021 aus betrachtet? Die auf Daten der WSI-Erwerbspersonenbefragung beruhende Tabelle 7 zeigt, dass 4,1 Prozent der befragten Erwerbspersonen, die bei der Bundestagswahl 2021 ihre Stimme der AfD gaben, sich 2025 für das BSW entschieden. Nur an die CDU/CSU hat die AfD mehr Stimmen von Erwerbspersonen verloren als an das BSW.

Das Wählerwanderungssaldo zwischen AfD und CDU/CSU ist allerdings aus Sicht der Union insgesamt negativ, d. h., es wechselten mehr CDU/CSU-Wähler*innen zur AfD als umgekehrt. Die Wählerwanderung unter den befragten Erwerbspersonen von der AfD zum BSW liegt folglich deutlich über den Berechnungen von infratest dimap (siehe oben). Dennoch überrascht der eher niedrige Wert; die oben zusammengefassten Studien hätten ein anderes Ergebnis erwarten lassen.

In Tabelle 10 betrachten wir ausschließlich die neuen AfD-Sympathisant*innen. Dabei handelt es sich um Befragte, die bei der Bundestagswahl 2021 nicht die AfD wählten, aber Ende 2023 eine Wahlabsicht für die AfD äußerten. Die Wanderung aus dieser Personengruppe zum BSW unterscheidet sich nicht substantiell von der der AfD-Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2021. Mehr als die Hälfte der neuen AfD-Sympathisant*innen wählte am Ende auch die AfD. Zur CDU/CSU gingen 16,9 Prozent der neuen AfD-Sympathisant*innen über, zum BSW 4,8 Prozent.

Auch wenn wir alternativ die Wahlentscheidungen von Befragten betrachten, die bei der Bundestagswahl 2021 nicht die AfD gewählt hatten, aber zwischenzeitlich zu *mindestens einem Zeitpunkt* bei der Sonntagsfrage eine AfD-Wahlabsicht äußerten, ändert sich das Bild nur wenig: Von dieser Gruppe entschieden sich 5,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2025 für das BSW.²⁸

Tabelle 10

Wahlverhalten der neuen AfD-Sympathisant*innen
Angaben in Prozent

	Neue AfD-Sympathisant*innen
CDU / CSU	16,9
SPD	3,5
FDP	3,0
AfD	59,1
BSW	4,8

Anmerkung: N = 251

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das BSW die AfD tatsächlich Stimmen von Erwerbspersonen gekostet hat. Allerdings blieb der Abfluss hinter den Erwartungen und zwischenzeitlichen Umfrageergebnissen zurück. Bis auf die Grünen verloren alle anderen Parteien – vor allem SPD und Linke – mehr Wähler*innen an das BSW als die AfD (siehe Tabelle 7). Hatten Ende 2023 noch viele der neuen AfD-Sympathisant*innen aus dem Sommer 2023 mit einer Wahl des noch nicht offiziell gegründeten BSW geliebäugelt (Emmler/Seikel 2024), büßte das BSW offenbar zwischen 2023 und der Bundestagswahl an Attraktivität für die neuen AfD-Sympathisant*innen ein, von denen dann schließlich der größte Teil bei der Bundestagswahl 2025 die AfD wählte. Über die Gründe können wir nur spekulieren. Mögliche Erklärungen wären: die parteiinternen Querelen im BSW über Regierungsbeteiligungen in den ostdeutschen Bundesländern nach den dortigen Landtagswahlen; der frühe Zeitpunkt der vorgezogenen Bundestagswahl, auf den das BSW nicht vorbereitet gewesen war und die neu gegründete Partei vor erhebliche organisatorische Herausforderungen stellte (vgl. Thomeczek/Wagner 2025, S.1); die kurzzeitige Aussicht auf einen möglichen Waffenstillstand in der Ukraine nach der Wahl Trumps zum Präsidenten der USA Ende 2024; oder die turbulenten Vorgänge bei der Abstimmung im Bundestag über mehrere von der Unionsfraktion im Januar 2025 eingebrachten Anträge zur Verschärfung der Migrationspolitik, die vor allem auf das Konto der AfD eingezahlt haben könnten.²⁹

²⁸ Bei dieser Betrachtungsweise erhöht sich die Zahl der neuen AfD-Sympathisant*innen von 251 auf 464.

²⁹ Herold und Otteni (2026) sowie Hoffmann (2025) zeigen, dass linke ökonomische Einstellungen erklärungskräftigere Determinanten für die Wahlentscheidung für das BSW sind als konservative soziokulturelle Präferenzen etwa zur Migrationspolitik. Wagner und Wurthmann (2025) stellen fest, dass die Wählerschaft der AfD bei den vergangenen Landtagswahlen in Ostdeutschland Zuwanderung in höherem Maße ablehnte als die Wähler*innen des BSW. Dies wäre eine Erklärung dafür, dass das BSW von der hohen Salienz der Migrationsdebatte zum Zeitpunkt der Bundestagswahl weniger profitierte als die AfD.



8 FAZIT

Der vorliegende WSI-Report wertet die Angaben von Teilnehmer*innen der WSI-Nachwahlbefragung aus, die bei der Bundestagswahl im Februar 2025 das BSW wählten. Unser Interesse richtete sich dabei unter anderem auf die Frage, welchen Parteien die BSW-Wähler*innen bei der vorherigen Bundestagswahl 2021 ihre Stimme gegeben hatten. Den größten prozentualen Abfluss an das BSW verzeichnete die Linke, die höchste absolute Abwanderung jedoch die SPD. Zwar verlor die AfD mit Ausnahme der CDU/CSU an keine andere Partei so viele Wähler*innenstimmen von Erwerbspersonen wie an das BSW, insgesamt wanderten von linken Parteien jedoch deutlich mehr Wähler*innen an das Bündnis Sahra Wagenknecht ab. Außerdem analysierten wir die Zusammensetzung der BSW-Wählerschaft mit Blick auf ihre soziodemografischen, sozioökonomischen und psychosozialen Merkmale sowie das politische Profil dieser Gruppe.

Welches Bild lässt sich nun von der Wählerschaft des Bündnisses Sahra Wagenknecht zeichnen? Die Wählerschaft des BSW ist weiblicher und ostdeutscher als die Wähler*innen der anderen Parteien im Durchschnitt. BSW-Wähler*innen haben niedrigere Bildungsabschlüsse, beziehen geringere Einkommen und arbeiten häufiger in sogenannten niedrig qualifizierten Berufen. Sie sind dabei besonders oft als Bürokräfte tätig oder arbeiten in der Dienstleistungsbranche. Bevor sie zum BSW wechselten, wählten sie meist die SPD oder die Linke. Die Wähler*innen des BSW machen sich im Vergleich zu den Anhänger*innen der übrigen Parteien öfter große Sorgen über die eigene sowie die allgemeine wirtschaftliche Situation und befürchten häufiger eine Eskalation des Ukraine-Krieges, während der Klimawandel sie weitgehend kalt lässt. Der Bundesregierung und den öffentlich-rechtlichen Medien bringen sie im Vergleich zu anderen Wählergruppen nur wenig Vertrauen entgegen. Wirtschafts- und sozialpolitisch tickt die Wählerschaft des BSW links, gesellschaftspolitisch ist sie hingegen in etwa so konservativ eingestellt wie die Wähler*innen der Unionsparteien und der FDP. Einwanderung, Klimaschutz und europäische Integration betrachten die BSW-Wähler*innen kritisch, befürworten aber die Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Paaren.

Der letzte Punkt spricht für eine Einordnung der BSW-Wählerschaft entlang dreier Dimensionen, wie von Steiner und Hillen (2025) vorgeschlagen. Die klassische Links-Rechts-Gegenüberstellung der ökonomischen Dimension bleibt dabei erhalten, während die soziokulturelle Dimension in zwei Unterdimensionen aufgeteilt wird: eine gesellschaftspolitische Dimension, die sich auf traditionelle Moralvorstellungen beschränkt (z. B. über die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare), in der liberale und konservative Werte gegenübergestellt werden; und eine transnationale Dimension, die Konflikte zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten über die Öffnung bzw. Schließung nationaler Grenzen abbildet (z. B. Zuwanderung und europäische Integration) (vgl. Merkel 2017; Merkel/Zürn 2019; de Wilde et al. 2019). Dieser Sichtweise zur Folge wäre die BSW-Wählerschaft zutreffender als links-liberal-kommunitaristisch zu charakterisieren. Daher, so die Schlussfolgerung von Steiner und Hillen (2025), sei das BSW einerseits für vormalige Wähler*innen linker Parteien mit kommunitaristischer Orientierung (Präferenz für geschlossene Grenzen) und andererseits für ehemalige Wähler*innen rechter Parteien mit linken ökonomischen Vorstellungen attraktiv.

- Bernstein, R./Chadha, A./Montjoy, R. (2001):** Overreporting Voting: Why it Happens and Why it Matters, in: *Public Opinion Quarterly* 65 (1), S. 22–44
- Bosetti, V./Colantone, I./de Vries, C. E./Musto, G. (2025):** Green Backlash and Right-Wing Populism, in: *Nature Climate Change* 15 (8), S. 822–828, DOI: 10.1038/s41558-025-02384-0
- Brehmer, W./Emmler, H. (2025):** WSI-Erhebung zur Arbeitswelt in der Pandemie, in: Kohlrausch, B./Peters, E./Schulze Buschoff, K. (Hrsg.): *Was von Corona übrig bleibt - Erwerbsarbeit, Sozialstruktur, gesellschaftliche Folgen*, Frankfurt a. M., S. 249–276
- van der Brug, W./van Spanje, J. (2009):** Immigration, Europe and the 'new' Cultural Dimension, in: *European Journal of Political Research* 48 (3), S. 309–334
- Emmler, H. (2023):** Das WSI-Erwerbspersonenpanel. Hintergründe, Befunde, Ausblick, in: *WSI-Mitteilungen* 76 (6), S. 452–459
- Emmler, H./Seikel, D. (2024):** Wer wählt das „Bündnis Sahra Wagenknecht“? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 94, Düsseldorf
- Forchtner, B./Kølvrå, C. (2015):** The Nature of Nationalism: Populist Radical Right Parties in Countryside and Climate, in: *Nature and Culture* 10 (2), S. 199–224, DOI: 10.3167/nc.2015.100204
- Forchtner, B./Kroneder, A./Wetzel, D. (2018):** Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany, in: *Environmental Communication* 12 (5), S. 589–604, DOI: 10.1080/17524032.2018.1470546
- Heckmann, L./Wurthmann, L. C./Wagner, S. (2025):** Who's afraid of Sahra – Understanding the Shift in Votes Towards Germany's Bündnis Sahra Wagenknecht, in: *Research & Politics* 12 (1), S. 1–7
- Herold, M./Ottani, C. (2026):** Closing the Left-Conservative Gap of Political Representation? Ideological Positions and Democratic Attitudes of 'Bündnis Sahra Wagenknecht' (BSW) Supporters in Germany, in: *German Politics* 35 (1), S. 1–28, DOI: 10.1080/09644008.2025.2497083
- Hillen, S./Steiner, N. D. (2020):** The Consequences of Supply Gaps in Two-Dimensional Policy Spaces for Voter Turnout and Political Support: The Case of Economically Left-Wing and Culturally Right-Wing Citizens in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 59 (2), S. 331–353
- Hoffmann, P. (2025):** Between Left-Authoritarians, Sympathy for Russia, and Political Discontent: The Correlates of Voting for the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), in: *Politische Vierteljahresschrift* 66 (4), S. 805–828, DOI: 10.1007/s11615-025-00600-2
- Hooghe, L./Marks, G. (2018):** Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 25 (1), S. 109–135, DOI: 10.1080/13501763.2017.1310279
- Hövermann, A. (2023):** Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 92, Düsseldorf
- Hövermann, A. (2025):** Die Verdoppelung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Study Nr. 42, Düsseldorf
- Inglehart, R. (1977):** *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton
- Jandura, O./Marcinkowski, F./Anicker, F. (2024):** Außerhalb gewohnter Pfade. Wer zählt zum Wählerpotential des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)?, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaft* 3 (2024), S. 288–303
- Jankowski, M. (2025):** Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 66 (2), S. 357–379, DOI: 10.1007/s11615-024-00583-6
- Kitschelt, H. (1994):** *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge
- de Wilde, P. de Koopmans, R./Merkel, W./Strijbis, O./Zürn, M. (2019):** *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge
- Kriesi, H. (1998):** The Transformation of Cleavage Politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture, in: *European Journal of Political Research* 33 (2), S. 165–185, DOI:10.1023/A:1006861430369
- Kriesi, H. (2010):** Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values, in: *West European Politics* 33 (3), S. 673–685, DOI: 10.1080/01402381003654726
- Kriesi, H./Grande, E./Lachat, R./Dolezal, M./Bornschieer, S./Frey, T. (2006):** Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared, in: *European Journal of Political Research* 45 (6), S. 921–956
- Lefkofridi, Z./Wagner, M./Willmann, J. E. (2014):** Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe: Electoral Choice across Ideological Dimensions, in: *West European Politics* 37 (1), S. 65–90, DOI: 10.1080/01402382.2013.818354
- Lockwood, M. (2018):** Right-Wing Populism and the Climate Change Agenda: Exploring the Linkages, in: *Environmental Politics* 27 (4), S. 712–732, DOI: 10.1080/09644016.2018.1458411
- Merkel, W. (2017):** *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*, in: Harfst, P./Kubbe, I./Poguntke, T. (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden, S. 9–23
- Merkel, W./Zürn, M. (2019):** *Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie*, in: Nida-Rümelin, J./Daniels, D. von/Wloka, N. (Hrsg.): *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, Boston, S. 67–102
- Mudde, C. (2007):** *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge
- Nölke, A. (2018):** *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*, Frankfurt a. M.
- Oesch, D. (2006):** *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, London
- Popa, S. A./Hobolt, S. B./van der Brug, W. (2024):** *European Parliament Election Study 2024, Voter Study*

Rovny, J./Polk, J./Bakker, R./Hooghe, L./Jolly, S./Marks, G./Steenbergen, M./Vachdova, M. A. (2024): 25 Years of Political Party Positions in Europe: The Chapel Hill Expert Survey, 1999-2024, Working Paper

Sartorius, O./Scholz, C. (2021): Corona und Erwerbssituation Welle 5, Methodenbericht, Juli 2021, Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin

Schäfer, A. (2023): Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Steiner, N. D./Hillen, S. (2025): Voting for the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) from a Policy Space Perspective, in: German Politics, S. 1–25, DOI: 10.1080/09644008.2025.2502100

Thomeczek, J. P. (2024): Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian—and Populist? An Empirical Analysis, in: Politische Vierteljahresschrift 65 (3), S. 535–552, DOI: 10.1007/s11615-024-00544-z

Thomeczek, J. P. (2025): The Voting Potential of Bündnis Sahra Wagenknecht, in: Political Studies Review 23 (1), S. 409–417, DOI: 10.1177/14789299241264975

Thomeczek, J. P./Wagner, A. (2025): Issue Congruence Outweighs Geography: Understanding the Appeal of Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in East and West Germany, in: Electoral Studies 97, S. 1–7

Vries, C. E. de/Hobolt, S. B. (2020): Political Entrepreneurs

Wagner, S. (2022): Euroscepticism as a radical left party strategy for success, in: Party Politics 28 (6), S. 1069–1080. DOI: 10.1177/13540688211038917

Wagner, S./Wurthmann, L. C. (2025): Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Curse or Blessing for AfD in the State Elections?, in: German Politics, S. 1–22, DOI: 10.1080/09644008.2025.2586054

Wagner, S./Wurthmann, L. C./Thomeczek, J. P. (2023): Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: Politische Vierteljahresschrift 64 (3), S. 621–636, DOI: 10.1007/s11615-023-00481-3



Soziodemografische Merkmale (alle Parteien)

Angaben in Prozent

	N	CDU / CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt	
Alter	16 bis 24 Jahre	338	4,3	4,9	6,6	8,8	25,0	6,4	6,4	7,8	-17,9
	25 bis 34 Jahre	1.030	16,5	19,1	26,5	32,5	32,3	24,6	25,1	23,1	8,7
	35 bis 44 Jahre	1.244	23,0	19,1	24,4	15,8	18,5	23,0	13,1	22,1	-40,7
	45 bis 54 Jahre	1.293	24,3	20,9	18,8	20,3	10,9	23,5	24,8	20,9	18,7
	55 bis 64 Jahre	1.412	26,8	29,1	20,2	18,5	11,0	20,0	27,8	22,2	25,2
	65 Jahre und älter	364	5,0	6,9	3,4	4,0	2,4	2,4	2,8	3,9	-28,2
Geschlecht	männlich	3.175	58,2	55,2	54,5	68,4	36,0	62,9	46,4	55,5	-16,4
	weiblich	2.499	41,8	44,8	45,5	31,6	64,0	37,1	53,6	44,5	20,4
Ost / West	Ost (inkl. Berlin)	809	9,8	7,5	9,1	11,8	17,9	23,4	28,1	13,4	109,7
	West	4.618	87,2	86,7	85,3	84,1	75,0	73,0	64,9	82,1	-21,0
	Berlin	254	3,0	5,8	5,6	4,1	7,1	3,6	7,0	4,5	55,6
Migrations- hintergrund	ich selbst	139	3,2	2,8	3,0	3,5	2,4	2,8	0,9	2,8	-67,9
	ein Elternteil	257	3,8	5,3	4,9	4,1	10,8	3,8	5,6	5,1	9,8
	beide Eltern	235	4,4	5,9	2,6	3,7	8,4	5,4	8,2	5,0	64,0
	kein	4.649	89,6	87,2	90,7	90,1	79,2	89,2	85,9	88,2	-2,6

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung



Sozioökonomische Merkmale (alle Parteien)

Angaben in Prozent

	N	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt	
Schulbildung	Haupt- oder Volksschul- abschluss	1.120	16,5	23,1	7,2	11,6	13,9	33,2	19,9	19,7	1,0
	Mittlere Reife oder Abschluss der polytechni- schen Oberschule	1.856	32,1	28,7	19,6	25,8	29,5	39,0	43,1	31,0	39,0
	Abitur, Fachhoch- schulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS)	2.656	50,7	47,5	72,5	61,6	55,3	26,6	35,8	48,3	-25,9
Haushalts- netto- äquivalenz- einkommen	unter 1.500 Euro	715	8,7	15,3	9,9	8,3	24,0	19,4	18,2	14,6	24,7
	1.500 bis unter 2.000 Euro	1.013	15,6	22,4	14,6	14,8	19,7	22,1	22,8	19,2	18,8
	2.000 bis unter 2.500 Euro	660	13,9	11,3	13,9	13,7	14,7	12,8	13,9	13,6	2,2
	2.500 bis unter 3.000 Euro	1.245	24,9	25,1	24,1	20,8	23,1	24,0	28,4	23,6	20,3
	3.000 Euro und mehr	1.503	36,9	25,9	37,5	42,4	18,5	21,7	16,8	29,0	-42,1
Berufs- gruppen	Selbstständige und große Arbeitgeber	269	3,6	1,6	3,1	9,2	1,2	2,3	2,8	2,9	-3,4
	Manager*innen	1.110	28,7	25,6	24,9	34,1	16,9	15,8	18,8	23,3	-19,3
	Berufe mit akade- mischer und höherer Fach- ausbildung	497	9,2	14,8	20,5	8,8	21,7	8,9	13,7	13,4	2,2
	Technische Spezialist*innen	478	12,7	10,6	17,0	12,4	10,9	9,2	4,3	11,7	-63,2
	Kleinunter- nehmer*innen	442	6,4	5,0	7,1	7,9	2,6	7,0	6,1	6,1	0,0
	Bürokräfte	858	18,7	17,3	13,2	12,6	16,6	16,5	22,0	16,5	33,3
	Produktions- arbeiter*innen	485	9,0	9,7	5,1	7,1	9,0	20,1	10,1	11,0	-8,2
Dienstleistungs- arbeiter*innen	713	11,7	15,4	9,1	8,0	21,0	20,2	22,1	15,1	46,4	

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Sorgen (alle Parteien)

Angaben in Prozent

Sorgen um	N	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt	
Alters- absicherung	große Sorgen	1.707	26,6	29,5	21,7	27,2	44,4	47,2	45,1	33,9	33,0
	einige Sorgen	2.332	45,7	47,6	49,0	47,1	41,8	39,7	40,1	44,4	-9,7
	keine Sorgen	1.184	27,7	22,8	29,3	25,7	13,8	13,1	14,8	21,7	-31,8
Sicherheit des Arbeitsplatzes	große Sorgen	586	10,0	9,6	8,4	8,8	11,9	18,2	13,8	11,9	16,0
	einige Sorgen	1.504	30,2	28,5	22,1	28,2	32,3	33,8	41,2	29,5	39,7
	keine Sorgen	3.133	59,8	61,9	69,5	63,0	55,8	47,9	45,0	58,5	-23,1
eigene beruf- liche Zukunft	große Sorgen	767	12,0	13,0	11,7	13,3	25,4	22,3	20,4	16,3	25,2
	einige Sorgen	1.755	33,5	35,4	26,3	37,4	35,2	37,5	39,4	34,1	15,5
	keine Sorgen	2.701	54,5	51,7	62,1	49,2	39,4	40,1	40,1	49,6	-19,2
sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft	große Sorgen	2.487	39,4	47,0	60,6	38,7	56,3	48,5	50,6	47,4	6,8
	einige Sorgen	2.283	51,2	46,5	36,0	45,2	35,7	38,5	39,3	43,2	-9,0
	keine Sorgen	453	9,4	6,5	3,4	16,1	8,0	13,0	10,1	9,4	7,4
Folgen des Klimawandels	große Sorgen	1.688	25,6	41,5	69,2	18,7	45,7	12,6	19,6	33,2	-41,0
	einige Sorgen	2.350	53,0	45,3	28,1	50,7	43,6	36,7	51,8	43,8	18,3
	keine Sorgen	1.185	21,5	13,2	2,8	30,5	10,6	50,7	28,6	23,1	23,8

Sorgen (alle Parteien)

Angaben in Prozent

Sorgen um		N	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt
Lebens- standard	große Sorgen	1.385	22,4	22,3	12,6	21,5	36,8	40,8	33,0	27,2	21,3
	einige Sorgen	2.508	48,2	48,7	50,4	47,8	45,1	45,5	50,5	47,4	6,5
	keine Sorgen	1.330	29,4	28,9	37,0	30,7	18,1	13,7	16,5	25,4	-35,0
Ausweitung des Nahost- konflikts	große Sorgen	1.932	36,7	38,1	34,8	25,2	43,3	34,3	43,2	36,2	19,3
	einige Sorgen	2.318	44,0	49,2	48,2	46,6	44,9	37,8	41,4	44,2	-6,3
	keine Sorgen	973	19,2	12,7	17,0	28,3	11,8	27,9	15,5	19,6	-20,9
steigende Preise	große Sorgen	2.260	39,6	38,0	20,6	34,5	49,8	63,5	53,1	43,5	22,1
	einige Sorgen	2.412	50,2	50,2	56,7	51,6	44,3	32,2	43,1	46,0	-6,3
	keine Sorgen	551	10,2	11,8	22,7	13,9	5,9	4,3	3,7	10,4	-64,4
Ausweitung des Ukraine- Krieges	große Sorgen	2.488	45,5	48,4	49,8	38,9	49,4	44,4	51,0	46,2	10,4
	einige Sorgen	2.044	43,4	42,1	41,6	42,5	39,5	32,3	33,6	39,6	-15,2
	keine Sorgen	691	11,1	9,5	8,7	18,6	11,1	23,3	15,4	14,2	8,5
Entwicklung der sozialen Ungleichheit	große Sorgen	1.828	25,4	35,8	40,7	18,4	47,5	40,9	41,2	35,2	17,0
	einige Sorgen	2.634	55,1	54,9	50,3	48,2	44,5	42,0	49,3	49,5	-0,4
	keine Sorgen	761	19,6	9,3	9,0	33,4	7,9	17,0	9,5	15,3	-37,9
eigene wirtschaftliche Situation	große Sorgen	1.158	19,0	17,9	12,0	17,4	28,3	35,1	26,8	23,1	16,0
	einige Sorgen	2.579	47,3	52,0	47,0	49,5	52,1	48,7	55,9	48,7	14,8
	keine Sorgen	1.486	33,6	30,1	41,0	33,1	19,5	16,2	17,3	28,2	-38,7
allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	große Sorgen	2.506	52,2	39,2	27,6	54,5	39,1	62,2	53,2	47,7	11,5
	einige Sorgen	2.401	42,3	55,2	63,5	41,0	53,5	32,3	44,1	45,9	-3,9
	keine Sorgen	316	5,6	5,6	8,8	4,5	7,3	5,5	2,8	6,4	-56,3

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI

Institutionenvertrauen (alle Parteien)

Angaben in Prozent

Vertrauen in	N	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt	
Arbeitgeber- verbände	überhaupt kein Vertrauen	599	8,5	7,1	8,9	9,4	11,3	19,7	11,4	11,5	-0,9
	nur wenig Vertrauen	1.328	22,4	25,4	25,6	19,0	27,0	29,1	27,5	25,1	9,6
	mittel- mäßiges Vertrauen	2.452	49,5	49,7	49,8	50,2	48,2	39,9	45,9	47,3	-3,0
	großes Vertrauen	691	16,4	15,9	13,7	18,4	11,4	9,5	13,5	13,8	-2,2
	sehr großes Vertrauen	118	3,2	1,9	2,1	2,9	2,1	1,9	1,7	2,3	-26,1
Bundeswehr	überhaupt kein Vertrauen	413	4,9	4,6	2,9	5,1	8,4	15,3	11,4	7,6	50,0
	nur wenig Vertrauen	1.076	17,8	14,4	17,6	18,8	19,1	26,7	20,6	19,6	5,1
	mittel- mäßiges Vertrauen	2.327	39,7	43,8	49,9	41,1	47,9	37,9	39,6	42,5	-6,8
	großes Vertrauen	1.301	26,5	29,1	24,7	24,4	20,1	14,8	24,9	22,8	9,2
	sehr großes Vertrauen	408	11,1	8,1	5,0	10,5	4,4	5,3	3,6	7,4	-51,4
Gewerk- schaften	überhaupt kein Vertrauen	723	14,2	7,1	3,6	19,2	4,9	22,8	10,2	12,7	-19,7
	nur wenig Vertrauen	1.126	23,0	17,2	12,9	28,9	14,2	25,7	20,3	20,4	-0,5
	mittel- mäßiges Vertrauen	2.162	41,5	41,4	43,1	38,7	44,7	36,7	46,9	41,1	14,1
	großes Vertrauen	1.088	17,8	29,5	34,2	11,6	29,4	12,1	18,7	21,5	-13,0
	sehr großes Vertrauen	223	3,4	4,8	6,1	1,5	6,8	2,7	3,9	4,3	-9,3
Gerichte	überhaupt kein Vertrauen	344	3,2	4,3	1,3	0,8	2,9	17	6,6	6,2	6,5
	nur wenig Vertrauen	735	9,2	7,5	3,5	9,2	13,3	28,3	14,3	13,2	8,3
	mittel- mäßiges Vertrauen	1.792	31,0	27,1	20,7	32,0	43,8	36,0	42,6	31,8	34,0
	großes Vertrauen	1.797	36,1	38,7	43,9	43,9	30,9	15,0	26,1	32,5	-19,7
	sehr großes Vertrauen	935	20,5	22,3	30,7	14,2	9,0	3,7	10,4	16,2	-35,8

Institutionenvertrauen (alle Parteien)

Angaben in Prozent

Vertrauen in	N	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	BSW	Durchschnitt andere Parteien	Abweichung BSW vom Durchschnitt	
öffentlich-rechtlichen Medien	überhaupt kein Vertrauen	1.201	10,7	7,3	4,1	19,1	13,8	58,4	30,7	21,2	44,8
	nur wenig Vertrauen	1.049	20,2	12,8	7,0	17,1	21,2	23,5	31,1	18,2	70,9
	mittelmäßiges Vertrauen	1.632	36,4	32,4	25,1	35,2	35,4	14,5	27,7	29,0	-4,5
	großes Vertrauen	1.265	24,5	36,5	43,0	21,7	22,2	2,4	10,4	23,2	-55,2
	sehr großes Vertrauen	461	8,2	10,9	20,8	6,9	7,4	1,3	0,2	8,4	-97,6
Polizei	überhaupt kein Vertrauen	206	1,7	2,6	1,6	2,9	5,3	9,2	2,5	4,0	-37,5
	nur wenig Vertrauen	475	4,7	5,4	4,0	5,2	13,0	16,5	10,8	8,7	24,1
	mittelmäßiges Vertrauen	1.653	24,2	21,4	24,1	28,3	39,9	39,9	32,3	29,6	9,1
	großes Vertrauen	2.287	43,6	49,5	50,1	48,0	34,4	25,9	41,9	40,4	3,7
	sehr großes Vertrauen	1.022	25,7	21,1	20,3	15,5	7,4	8,6	12,5	17,2	-27,3
Bundesregierung	überhaupt kein Vertrauen	1.169	7,2	5,7	4,1	12,8	18,0	58,6	31,3	20,7	51,2
	nur wenig Vertrauen	1.377	21,8	16,0	17,3	33,6	28,7	27,9	36,4	24,0	51,7
	mittelmäßiges Vertrauen	2.268	50,5	53,4	55,2	40,4	47,2	11,3	28,5	40,9	-30,3
	großes Vertrauen	699	17,7	21,5	21,4	10,3	5,7	1,8	3,6	12,5	-71,2
	sehr großes Vertrauen	104	2,8	3,5	1,9	2,9	0,3	0,4	0,3	1,8	-83,3

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI



IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 112, April 2026
Die Wählerschaft des BSW bei der Bundestagswahl 2025

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

PD Dr. habil. Daniel Seikel
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-632

daniel-seikel@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)